:antifaschistische nachrichten Nr. 5

g 3336 7.3.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

## „Südwestdeutscher Kulturtag"

Rhein-Main-Gebiet. An einem bislang noch unbekannten Ort im Rhein-Main-Gebiet findet am 13. April der diesjährige „Südwestdeutsche Kulturtag" statt. Die von der NPD, den „Freien Kräften" und der „Europäischen Aktion" organisierten Veranstaltung steht in diesem Jahr unter dem Motto „Jugend ist Zukunft". Als Referenten angekündigt werden der NPD-Aktivist Manfred Börm (Thema: „Soldatentum heute") und der vorbestrafte Geschichtsrevisionist Udo Walendy („Wahrheit für Deutschland"). Durch das Programm, das u.a. Fahnenschwinger, Mädelchor, Volkstanz und Gulaschkanone umfasst, führt Thorsten Heise von der NPD. Am Veranstaltungsort werden auch Zelt- und Übernachtungsmöglichkeiten angeboten. *hma* ■

## Grabert vor Gericht

Tübingen. Vor dem Amtsgericht Tübingen hat am 25. Februar ein Prozess gegen den extrem rechten „Grabert"-Verlag begonnen. Wigbert Grabert, der Inhaber des Verlags, ist des Vorwurfes der „Volksverhetzung" angeklagt. In diesem Prozess muss sich Grabert wegen des 2009 von ihm verlegten Buches „Der Zweite Weltkrieg. Ursache – Hintergründe – Kriegsschuld – Folgen" von Prof. Schröcke aus München verantworten. „In dem Buch, das 2011 auf dem Index landete, werden die Massenerschießungen von Juden in der Schlucht von Babi Jar bei Kiew durch ein deutsches Sonderkommando geleugnet. Bei dem Massaker wurden am 29. und 30. September 1941 mehr als 30 000 Menschen ermordet", berichtet das lokale „Tagblatt". Wegen des Buches hatte es zahlreiche Hausdurchsuchungen gegeben. Auch soll der Erlös des Buches in Höhe von ca. 34 000 € eingezogen werden. Verteidigt wird Grabert von den Rechtsanwälten Dr. Dr. von Waldstein und Lober. *hma* ■

**Aus dem Inhalt:**

Köln: Vor 80 Jahren in der Elsaßstraße... 3
Wer belügt den NSU-Untersuchungsausschuss 6
Marine Le Pen schneidet zweitbeliebteste Politikerin? 9

# Aufruf des Bündnisses Stolberg Nazifrei für 2013

**Gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus – für Freiheit, Gleichheit, Solidarität!**
**Kein Platz für Nazis auch nicht in Stolberg!**

Seit 2008 wird der Tod eines jungen Mannes von der Naziszene instrumentalisiert um jedes Jahr in Stolberg martialisch aufzumarschieren, rassistische und faschistische Hasspropaganda zu betreiben, die Menschen einzuschüchtern und zu bedrohen.

Auch dieses Jahr rufen die Nazis für den 5. und 6. April wieder zu Aufmärschen auf. Wir fordern, dass diese Aufmärsche, die im Wesentlichen von der inzwischen verbotenen „Kameradschaft Aachener Land" organisiert werden, endlich aufhören. Der Aachener Polizeipräsident hat zwar seine Absicht bekundet, die Aufmärsche dieses Jahr zu verbieten, ob es aber zu einem rechtskräftigen Verbot kommt, ist noch offen.

Wir rufen dazu auf, am **Samstag, den 6. April in Stolberg** mit möglichst vielen Menschen öffentlich zu zeigen, dass wir keine Naziaufmärsche, keinen Faschismus und Rassismus wollen – sondern viel mehr eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft.

**Für uns gilt dabei folgender Aktionskonsens:**

⇢ Von uns geht keine Eskalation aus. Verschiedene Protestformen des zivilen Ungehorsams stehen gleichberechtigt nebeneinander.

⇢ Wir sind solidarisch mit allen, die unser Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern und für eine gerechtere Gesellschaft zu kämpfen.

**Wir rufen alle Menschen auf sich am 6. April unserer antifaschistischen Demonstration anzuschließen.**

Wer den Aufruf unterstützen möchte, kann dies online auf der Webseite des Bündnisses tun:

*http://stolbergnazifrei.blogsport.eu/* ■

## Hungerlöhne bei „Pro“

Berlin. Das Jobcenter in Berlin-Spandau hat den Berliner Landesverband der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Deutschland“ verklagt. Der „Pro“-Ableger soll 3431,28 Euro ans Jobcenter nachzahlen. Die Gruppierung hatte einen Erwerbslosen auf Minijob-Basis als Prospektverteiler beschäftigt. Für einen Stundenlohn von 4,01 Euro! Nach Ansicht des Jobcenters entspricht die Tätigkeit des Zeitungsverteilers jedoch „dem Profil des Postzustellers“ und müsse deshalb mit 12,98 Euro pro Stunde bezahlt werden. *hma* ■

## Pennäler in Essen

Essen. In der März-Ausgabe der extrem rechten Monatszeitschrift „Zuerst!“ findet sich u.a. eine Werbung für die „Pennale Burschenschaft Hoffmann von Fallersleben“ mit Sitz in Essen. Gegründet wurde die Schülerverbindung für Interessierte mit einem „Wohnort irgendwo zwischen Duisburg und Dortmund“ und mit dem Leitspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland!“ bereits im Jahr 2002. Die Verbindung, die dem „Allgemeinen Pennäler Ring“ angehört, bekennt sich „zu Deutschland im Sinne einer Abstammungs- und Kulturgemeinschaft“, lehnt den „EU-Moloch“ ab und tritt für „ein Europa der Vaterländer ein“. Sie setzt ein „friedliches, vielfältiges Miteinander der Völker“ dem „materialistischen, egoistischen, multikulturellen, volksvernichtenden Einheitsbrei entgegen“. Neben dem üblichen elitären Klüngel bietet die Verbindung „Veranstaltungen mit Bier und Gesang“, „Vortragsabende und Convente“, „Fahrten zu befreundeten Schüler- und Studentenverbindungen“ und „weltanschauliche Debatten jenseits des Tellerrands des Systems“ an. Für das Impressum der Webseite der Schülerverbindung, die auch mit der umstrittenen „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“ verlinkt ist, zeichnet sich Rüdiger Lessel aus Düsseldorf verantwortlich. *hma* ■

## Chauvinistische „Alternative für Deutschland“

Schon in dieser Woche will die „Wahlalternative 2013“ die Gründung einer neuen Partei, der „Alternative für Deutschland“, bekannt geben. Damit endet vorerst der Versuch dieser national-chauvinistischen Vereinigung, weitere Parteien und Gruppen für die Bildung einer Anti-Euro-Partei zu gewinnen (*siehe letzte Ausgabe der AN*). Die besonders umgarnten „Freien Wähler“ haben ein Zusammengehen abgelehnt. Auf einem Gründungsparteitag Mitte April in Berlin sollen die Wahlkampfstandpunkte offiziell verabschiedet werden: Die Auflösung des Euro in seiner jetzigen Form; das Ende der Euro-Rettungsschirme und eine Rückholung von Kompetenzen von der EU-Ebene in nationale Hoheit. Als Sprecher sind vorgesehen: Bernd Lucke, Wirtschaftsprofessor, Konrad Adam, ehemaliger FAZ-Mitarbeiter und Alexander Gauland, Ex-Staatssekretär.

*F* ■

## „Deutsche Konservative“ himmeln Papst an

Die beinah vergessenen „Deutschen Konservativen“ haben halbseitige Zeitungsanzeigen mit dem Titel „Danke, Papst Benedikt!“ (z.B. FAZ, 26.2.) geschaltet, um ein bisschen Aufmerksamkeit zu erregen und aus der darin behaupteten Nähe zum Papst Honig zu saugen. Am Katholikenoberhaupt rühmen sie, dass er an einer „Versöhnung von Menschen verschiedener Konfessionen gearbeitet“ habe – als würde diese reaktionäre Truppe nicht auch auf der anti-islamischen Welle mit surfen. Besonders geschätzt wird bei den „Konservativen“ – und hier sind sie ehrlich – der Einsatz des Papstes gegen die „Diktatur des Wertrelativismus“ und dass er sich „mutig zu dem ‚Kompass‘ bekannt (hat), der sich über zwei Jahrtausende bewährt hat“ – also die Unterordnung der Frau, sexuelle Regression und speziell Homophobie. Mit hohem finanziellem Aufwand haben die „Deutschen Konservativen“ ein Lebenszeichen gegeben. Doch jetzt heißt es wieder: Ab in die Gruft und weiter geschimmelt!

*F* ■

## Kundgebung gegen F&M Mietgesellschaft

Am Donnerstag, den 28.2. fand in Berlin-Mitte eine Protestkundgebung gegen die Vermieter/innen der Nazikneipe „Zum Henker“ statt. Die Kneipe kann heute auf ihr vierjähriges Bestehen zurückschauen. Trotz diverser Protestaktionen in der Vergangenheit weigert sich der Vermieter bisher tätig zu werden. Mit der heutigen Kundgebung wollten antifaschistische Initiativen und autonome Antifas auf den Handlungsbedarf hinweisen und ihrer Forderung „Zum Henker“ kündigen – jetzt sofort! Nachdruck verleihen. Etwa 50 Antifaschist/innen beteiligten sich an der Kundgebung. Nach knapp einer Stunde wurde d ie Kundgebung ohne Zwischenfälle beendet. Die Veranstalter/innen bedanken sich bei allen Dabeigewesenen!

Seit der Eröffnung der Nazikneipe „Zum Henker“ im Jahr 2009 hat sich die Region rund um die Brückenstraße 14 in Schöneweide zu einem Aktivitätsschwerpunkt der Berliner Naziszene entwickelt. Neben zahlreichen WGs verfügen die Nazis über fast ein Dutzend Läden und Lokale in und um die Brückenstraße herum. In der Kneipe finden regelmäßig Nazikonzerte, Veranstaltungen und Kameradschaftsabende statt. Zahlreiche Nazigrößen gehen in der Kneipe ein und aus.

Die Kundgebung fand vor der Unternehmensvertretung der F&M Mietgesellschaft statt. Diese befindet sich in der Friedrichsstr. 235 in unmittelbarer Nähe zum U-Bhf. Hallesches Tor. Als im Jahr 2011 Antifas dem Unternehmen einen goldenen Scheisshaufen überreichten, reagierte der Verantwortliche für die Kneipe, Udo Schultz, rabiat und schmiss die Antifas aus seinem Büro. Noch immer können Protestpostkarten an das Unternehmen gerichtet werden. Bis zur Kündigung des Vertrags wird es weiterhin Proteste gegen die Mietgesellschaft und „Zum Henker“ geben. Auch das unterstrich die heutige Kundgebung. In Redebeiträgen wurde dazu aufgerufen in Zukunft den Druck auf die F&M Mietgesellschaft weiter zu intensivieren.

Hans Erxleben besuchte im Vorfeld der Kundgebung die Verantwortlichen der F&M Mietgesellschaft. Diese schoben alle Schuld von sich und kündigten an schriftlich Stellung zu beziehen. Halina Wawzyniak hatte ebenfalls ein Schreiben an F&M Mietgesellschaft gerichtet und auf den Handlungsbedarf hinzuweisen.

Gegen die Kneipe und die anderen Strukturen in Schöneweide sind in den kommenden Monaten diverse Aktionen geplant. Unter anderem findet am 30. April eine Antifa-Demo mit anschließendem Konzert unter dem Motto „Gemeinsam gegen Nazis“ in Schöneweide statt. Für den darauf folgenden Tag gilt es einen geplanten Naziaufmarsch in Schöne-

*Fortsetzung Seite 4 oben* →

# Köln: Vor 80 Jahren in der Elsaßstraße...

## 3. März 1933

Am 3. März 1933 versuchte die SA, die uniformierte Schlägertruppe der Nazis, durch die Kölner Elsassstraße in der Südstadt zu marschieren. Die Bewohner die Straße, meist Arbeiter oder Erwerbslose, viele davon Mitglieder oder Anhänger der KPD, wollten sich diese Provokation nicht gefallen lassen und versuchten, den Einmarsch der Braunhemden mit dem zu verhindern, was sie hatten: Mülleimer und Blumentöpfe flogen aus Wohnungen und Dächern auf die Kolonnen und gut trainierte Arbeitersportler stellten sich ihnen in den Weg.

Die SA-Leute mussten sich zurückziehen, kamen aber mit Polizeiunterstützung und einem gepanzerten Fahrzeug wieder. Der Widerstand der Elsassstraße, der wenige Wochen nach der Machtübertragung an die NSDAP und nur drei Tage vor der Reichstagswahl auch eine enorme symbolische Bedeutung hatte, sollte mit allen Mittel gebrochen werden.

Nazis und Polizei, die sich bereitwillig in den Dienst der neuen Regierung gestellt hatte, schossen mit einem Maschinengewehr in der engen Straße auf die Wohnungsfenster und stürmten die Häuser, deren Bewohnerinnen und Bewohner sich verzweifelt aber vergeblich wehrten. Die NSDAP ließ ihre moralische Niederlage nicht auf sich sitzen: Dutzende Menschen wurden verhaftet, gefoltert, gefangen gehalten – nicht alle von ihnen überlebten das NS-Regime.

## 2. März 2013

80 Jahre nach dieser letzten offenen Widerstandsaktion in Köln fanden sich über 200 Menschen zu einer Demonstration durch die Südstadt und einer Kundgebung in der Elsassstraße ein, um an diese Ereignisse zu erinnern und der Menschen zu gedenken, die sich damals nicht mit den Verhältnissen abfanden. Ein Bündnis von VVN-BdA, AKKU, SJD Die Falken, Verein EL-DE-Haus, DKP, Linkspartei und dem Kneipenkollektiv LOTTA hatte sich kurzfristig zusammengefunden und diese Aktion organisiert. Leider änderte die aktuelle Grippewelle etwas das Programm. Barbara van Dawen vom SPD Ortsverein sprang für Sabine Eichler von suedgeschichte.de kurzfristig ein und schilderte anschaulich die elenden Verhältnisse, unter denen die Arbeiterschaft in der Elsaßstraße zur damaligen Zeit lebte, aber auch das solidarische Miteinander, dass das Zusammenleben in der Straße prägte. Man wählte KPD oder SPD, die Nazis waren verhasst. Ein Zeitzeuge, der die „Schlacht“ in der Elsaßstraße als

Kind miterlebt hatte, war leider auch erkrankt, aber mit verschiedenen schriftlichen Zeitzeugenberichten und Zeitungsausschnitten wurde lebendig über den Widerstand der Bewohnerinnen und Bewohner der Straße berichtet.

Claudia Wörmann-Adam vom ver.di Arbeitskreis Antifaschismus-Antidiskriminierung forderte diesen Widerstandsgeist auch für heute ein:

„Natürlich haben wir ungleich bessere Bedingungen und Voraussetzungen und eigentlich brauchen wir – meistens jedenfalls – nicht mutig zu sein; sondern nur unseren inneren Schweinehund überwinden und auf die Straße gehen!

Aber, wer seit längerem in der Auseinandersetzung mit Alt-, Neofaschismus und Rechtspopulismus steht – ich zähle mich dazu – hat nicht erst seit Bekanntwerden der NSU Mordserie die Erfahrung machen müssen, dass staatliche Institutionen offensichtlich nach wie vor mehrheitlich auf dem rechten Auge blind, mindestens aber sehbehindert sind.

Seit 1990 starben mindestens 189 Menschen durch rechtsextreme Terrorakte. Wir erinnern uns an das Oktoberfest-Attentat in München von 1980 von dem bis heute die staatlichen Institutionen behaupten, es sei das Werk eines „Einzeltäters“. Bis jetzt geistert das Phantombild von lauter Einzeltätern durch die institutionelle und mediale Öffentlichkeit, wenn von rechtsextremen, rassistischen Übergriffen, Mordanschlägen usw. berichtet wird. Aber nicht nur die NSU Mörder auch die anderen Mörder und Gewalttäter hatten und haben eine rechtsextreme, rassistische, antisemitische und/oder faschistische Gesinnung und häufig auch einen entsprechenden organisatorischen Hintergrund.

Wir erleben mit Erschrecken und Befremden, dass wir von Politikern und Polizeipräsidenten aufgefordert werden, bei faschistischen oder rechts-populistischen Demonstrationen zuhause zu bleiben und das einfach mal zu ignorieren, ganz so als würde Wegsehen das Übel beseitigen können.

Wir brauchen auch heute noch den Widerstandsgeist, die Aufmüpfigkeit und das Gemeinschaftsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner der Elsaßstraße vor 80 Jahren. (…)

Vor drei Tagen starb Stéphane Hessel. Dieser wundervolle alte Herr, Widerstandskämpfer und Menschenrechtsaktivist, der uns daran erinnert hat, wie wichtig es ist, sich zu empören über die Missstände dieser Welt und dass wir elende Zustände nicht gleichgültig hinnehmen dürfen, egal wo sie sind.

Er hat uns aber auch daran erinnert, dass Empörung allein nicht ausreicht und hat uns aufgerufen uns zu engagieren, ganz konkret gegen Unrecht, Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit.

Mit dem, was Stéphane Hessel uns hinterlassen hat „Empört Euch“ und „Engagiert Euch“ damit wahren wir auch das Vermächtnis der Menschen der Elsaßstraße.

Es bleibt dabei: **Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!**

Es gibt auch schon ein ganz konkretes Datum wieder auf die Straße zu gehen und seiner Empörung durch Engagement Ausdruck zu geben:

Der 23. März hier bei uns in Köln. Da dürfen die Rechtspopulisten von Pro Köln mal wieder ihre menschenverachtende Gesinnung auf den Straßen zeigen und das finde ich ist ein Skandal! Und sie machen es nicht nur einmal sondern gleich dreimal vor den Flüchtlingsheimen:

*Fortsetzung Seite 4 unten* →

weide zu sabotieren.

Der Einfluss und die Strukturen der Naziszene in Schöneweide haben Auswirkungen auf ganz Berlin. Dort können die Nazis an ihren Phantasien von national befreiten Zonen festhalten, wohnen und arbeiten. Diesen Rückzugsraum müssen wir den Nazis streitig machen: jeden Tag und auch am 1. Mai!

*Antifa Berlin 28.2.2013*

**Weitere Informationen:**

*www.a2berlin.org*
*www.gemeinsam-gegen-nazis.de*
*www.antifa-berlin.info*

**Upcoming Events:**

*30. April Antifa-Demo + Konzert ab 17 Uhr am S-Bhf. Schöneweide*
*1. Mai Naziaufmarsch verhindern! Achtet auf Ankündigungen!* ■

## Solidarität mit den verfolgten Antifaschistinnen und Antifaschisten

Während die Landesregierungen mit dem vom Bundesrat im Dezember letzten Jahres beschlossenen NPD-Verbotsantrag suggerieren, dass Antifaschismus nun Staatsangelegenheit sei, wird antifaschistisches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zunehmend kriminalisiert.

Im November 2012 verurteilte das Landgericht Nürnberg-Fürth Deniz K. zu einer Haftstrafe von 2 ½ Jahren. Der 19-jährige soll mit einer nur zwei Zentimeter dünnen Fahnenstange während einer Demonstration gegen den Naziterror des NSU am 31. März in Nürnberg Polizisten mit Brustpanzern angegriffen haben. Verletzt wurde dabei niemand, Videoaufnahmen konnten den Tatvorwurf nicht belegen. Für die Staatsanwältin, die K. „schädliche Neigungen„ unterstellte und ihm vorwarf, sich „in der Rolle des politisch Verfolgten zu sonnen“, war dies „zweifacher versuchter Totschlag“. Das Gericht verurteilte Deniz K. schließlich wegen „versuchter Körperverletzung“.

Das Dresdner Amtsgericht verurteilte am 16. Januar den Berliner Antifaschisten Tim H. zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung wegen Körperverletzung, besonders schweren Landfriedensbruch und Beleidigung. Konkret wird Tim H. vorgeworfen anlässlich des bundesweiten Naziaufmarsches im Februar 2011 antifaschistische Gegendemonstranten per Megaphon mit den Worten „nach vorne„ zum Durchbrechen einer Polizeisperre aufgerufen zu haben. Konkret konnte dem angeklagten Familienvater keine der ihm zur Last gelegten Taten nachgewiesen werden. Doch der Richter begründete sein Urteil mit Worten wie „Was andere getan haben, müssen Sie sich mit anrechnen lassen“ und „Irgendwann hat die Bevölkerung in Dresden es mal satt“. Der Richter, der von Tim H. eine Entschuldigung forderte, sah sich damit laut Verteidiger als „Vollstrecker eines mutmaßlichen Dresdner Volkswillens“.

Wenige Tage nach dem Urteil gegen Tim H. wurde vom Ältestenrat des Bundestages die Immunität der beiden Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion, Caren Lay und Michael Leutert aufgehoben, da die NPD die Abgeordneten wegen ihrer Teilnahme an der Blockade im Februar 2011 angezeigt hatte. Auch die Immunität eines linken und eines grünen Landtagsabgeordneten in Sachsen war zuvor deswegen aufgehoben worden.

Weitere drakonische Urteile gegen Antifaschisten drohen. So beginnt Ende Februar vor dem Landgericht Koblenz ein Berufungsprozess gegen sechs Antifaschisten wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch. Die Antifaschisten waren im März 2012 erstinstanzlich aufgrund ihrer Teilnahme an Protesten gegen einen jährlich stattfindenden Naziaufmarsch in Remagen zu jeweils 70 Tagessätzen Strafe verurteilt worden. Da sich die Zeugen widersprachen und Erinnerungslücken aufzeigten, diente als einziger Beweis für den Landfriedensbruch schließlich die vermutete Anwesenheit der Antifaschisten auf der Gegendemonstration.

Im März beginnt dann die Hauptverhandlung gegen den Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König wegen angeblichen „schweren aufwieglerischen Landfriedensbruch“ anlässlich des Naziaufmarsches im Februar 2011 in Dresden. Aus einem von König gefahrenen gemeindeeigenen Wagen sei über Lautsprecher zu Gewalt aufgerufen worden, behauptet die Staatsanwaltschaft. Der Pfarrer erklärte dagegen, zur Deeskalation aufgerufen und zu diesem Zweck eine Kundgebung angemeldet zu haben. (Eine *Solidaritätserklärung kann hier:* http://solibrief.jg-stadtmitte.de *unterzeichnet werden).*

Die genannten Fälle der Kriminalisierung von Antifaschisten und antifaschistischem Engagement sind nur die Spitze eines Eisberges.

Erinnert sei an die Erfassung von rund eine Million Handydaten im Zusammenhang mit den Blockaden gegen den Dresdner Naziaufmarsch im Februar 2011, die zu mehr als 600 Ermittlungsverfahren gegen Antifaschisten führten. Auch wenn manche solcher Anklagen

um 10.00 Uhr am Poller Damm, um 12.00 Uhr in der Vorgebirgsstraße und um 14.00 Uhr in Köln-Weiden

Ich persönlich würde am liebsten wie unsere Vorfahren in der Elsaßstraße gefüllte Nachttöpfe über sie ausschütten oder wie Pfarrer Hans Mörter vor einigen Jahren sagte: „Nachttöpfe auf sowieso schon braune Köpfe!“

**Zeigen wir den Rassisten am 23. März engagiert die rote Karte!**

Damit ehren wir das Andenken der Menschen in der Elsaßstraße!“

Ein Highlight war die musikalische Unterstützung durch die Microphone Mafia. Vor zwanzig Jahren war in der Elsaßstraße durch den Künstler Klaus Paier ein Wandbild zu den Ereignissen 1933 entstanden und die Microphone Mafia hatte dazu Musik gemacht. Kutlu Yurtseven trug nun das Lied zu den Anschlägen in Mölln und Solingen, dass damals entstanden war, in einer neuen Fassung vor. Die Lieder, die die Gruppe in Zusammenarbeit mit Esther Bejarano, einer Auschwitz-Überlebenden, aufgenommen haben, ermutigen zum Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung, zur Zivilcourage im Alltag und auf der Straße, wenn auch heute wieder Nazis marschieren.

Mit einem Bürgerantrag soll jetzt der Erhalt des Wandbildes gesichert werden und spätestens am 90. Jahrestag wird man sich hoffentlich wieder in der Elsaßstraße treffen. *Ulrike Bach* ■

schließlich sang und klanglos eingestellt oder Skandalurteile in zweiter Instanz kassiert werden ist die Absicht dahinter klar: es geht um Abschreckung und Einschüchterung. Wer es wagt, angesichts von Naziaufmärschen anstelle bloßer Symbolpolitik zivilen Ungehorsam zu praktizieren, wer zu Blockaden aufruft oder daran teilnimmt, muss nicht nur mit öffentlicher Brandmarkung als „Chaot“ und „Gewalttäter“ rechnen, sondern mit zeit- und nervenaufreibenden und teuren juristischen Verfahren und im schlimmsten Fall mit einer empfindlichen Geld- oder gar Haftstrafe. Wenn schon Abgeordnete und ein Pfarrer für ihr antifaschistisches Engagement vor Gericht gezerrt werden, wenn schon die Benutzung eines Megaphons zur Gewalttat wird, dann kann die Kriminalisierung jeden treffen, lautet die Botschaft. Einzelne werden herausgegriffen. Gemeint sind wir alle.

Gegen diese Kriminalisierung gilt es eindeutig Position zu beziehen. Dabei dürfen wir uns nicht von Medien und schwarz-gelben Regierungspolitikern spalten lassen in friedliche und angeblich gewaltbereite, in „autonome“ und „bürgerliche“ Antifaschisten. Unsere Solidarität muss vielmehr allen aufgrund ihres antifaschistischen Engagements Verfolgten gehören. Das ist die Voraussetzung, um auch zukünftig in breiten Bündnissen zu Blockaden gegen Naziaufmärsche mobilisieren zu können.

Diese Selbstermächtigung antifaschistischer Bürgerinnen und Bürger, die beim Kampf gegen Neonazis nicht länger auf den Staat vertrauen, ist dem Bundesinnenminister ebenso ein Dorn im Auge wie dem sächsischen Staatsanwalt.

Doch solange der Verfassungsschutz die Nazis über seine V-Leute personell, finanziell und mit Waffen unterstützt, solange die Polizei Naziaufmärschen den Weg freiprügelt, solange Neonazis von rechten Unions- und selbst SPD-Politikern als willkommene Stichwortgeber ihrer rassistischen Politik herangezogen werden, besteht nicht nur das Recht zu Widerstand, sondern geradezu die Pflicht.

*SprecherInnenrat der Antikapitalistischen Linken (AKL) Detlev Belau, Dagmar Henn, Inge Höger, Thies Gleis, Ulla Jelpke, Tobias Pflüger*
*www.linksfraktion.de* ■

## Prozesse und Urteile

**Leipzig:** Das Landgericht verurteilte am 25. Januar 2013 knapp zwei Jahre nach dem tödlichen Gewaltexzess gegen einen wehrlosen Obdachlosen in Oschatz fünf Männer wegen Totschlags. Es verhängte gegen die Akteure Ronny S. (24) und Sebastian B. (27) dreizehn bzw. zehn Jahre Gefängnis, gegen drei weitere Mittäter im Alter von 17 bzw. 19 Jahren mildere Jugendstrafen. Ein sechster Angeklagter (38) kam wegen unterlassener Hilfeleistung mit Bewährung davon. Weder Staatsanwaltschaft noch Gericht hielten jedoch im Unterschied zur Nebenklage einen neonazistischen Hintergrund des Gewaltexzesses für erwiesen.

**Dortmund:** Das Landgericht Dortmund entschied, dass der Neonazi Sven K. wegen einer gefährlichen Körperverletzung nun doch für ein Jahr und neun Monate in Haft muss. Der 2005 bereits wegen Totschlags zu sieben Jahren Jugendstrafe Verurteilte (vorzeitig 2010 wieder entlassen und in der Neonaziszene wieder aktiv) hatte im November 2011 einen Angriff auf zwei türkischstämmige Jugendliche angezettelt und mit zwei Mittätern auf diese eingetreten und eingeschlagen. Dazu attackierte er mit rassistischen Rufen und Beschimpfungen die Polizeibeamten, die ihn festnahmen. Nach einem völlig unverständlichen Urteil des Landgerichts, mit dem K. zunächst aus der U-Haft entlassen wurde, das aber massive Kritik und eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft hervorrief, wies das Oberverwaltungsgericht Hamm die Dortmunder Richter an, den Fall neu zu prüfen. So wurde der Haftbefehl im Dezember wieder in Kraft gesetzt. Zwei Mittäter von Sven K. wurden zu einem Jahr Haft bzw. zu einer Jugendstrafe von 33 Monaten verurteilt, bei letzterem wurden weitere Gewalttaten in das Urteil einbezogen.

**Bundesgerichtshof:** Der langjährige Verleger rechtsextremen Schrifttums Dieter Munier aus Martensrade in Schleswig-Holstein ist endgültig vor dem BGH mit dem Versuch gescheitert, die 2009 erfolgte Kündigung seiner Bankverbindung durch die Commerzbank als rechtswidrig erklären zu lassen. Zuvor hatte er es in erster und zweiter Instanz vor dem Landgericht und dem hanseatischen Oberlandesgericht in Bremen versucht. Mit seiner Verlagsgruppe „Lesen & Schenken“ vertreibt er unter anderem revisionistische und die Naziwehrmacht verherrlichende Publikationen und Periodika wie die Deutsche Militärzeitschrift, seit 2009 auch das monatlich erscheinende mit NPD-Kreisen verbundene Magazin „Zuerst!“ und seit 2011 das Vertriebenen-Blatt „Der Schlesier“. Munier gehört seit vielen Jahren zu den Förderern neonazistischer Jugendbünde und ostpreußischer „Kultur“-Vereine, hat wegen seiner revanchistischen Bestrebungen Einreiseverbot von Seiten russischer Behörden.

**Neapel:** In Neapel sind zehn Mitglieder neofaschistischer Organisationen verhaftet worden, die beschuldigt sind, politische Gegner zusammengeschlagen und unter anderem die Vergewaltigung einer jüdischen Studentin geplant zu haben. Die Gruppe, bei der Pistolen, Messer und Sprengstoff sichergestellt wurden, führte regelrechte Kurse durch, in denen zu Rassenhass und Antisemitismus aufgerufen wurde Lehrmaterial war vor allem Hitlers ‚Mein Kampf‘. Unter den Verhafteten ist Emmanuela Florino, die für die rechtsextreme Organisation Casa Pound

*Fortsetzung Seite 6 unten* →

Der Prozess gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten Schultze und André Eminger wird am Mittwoch, den 17. April 2013 in München beginnen. Die Demonstration wird daher am Samstag, den 13. April am Stachus in München stattfinden. Die Kundgebung zum Prozessauftakt wird am 17. April stattfinden.

**SAMSTAG, 13. April 2013**
**Bundesweite antifaschistische und antirassistische Demonstration**

Auftaktkundgebung: Karlsplatz (Stachus), 13.00 Uhr

**MITTWOCH, 17. April 2013**

Kundgebung während dem Prozessauftakt in der Nähe des Gerichts

# Bomben, Brümmendorf und das BKA

**Wer belügt den NSU-Untersuchungsausschuss? Neue Runde im Schwarzer-Peter-Spiel**

Wer vor dem NSU-Untersuchungsausschuss die Unwahrheit sagt, kann mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Bei knallharter Anwendung des § 153 könnte man inzwischen einen ganzen JVA-Block füllen. Letzte Woche wären – ein Urteil vorausgesetzt – Neuzugänge aus dem LKA Erfurt, dem BKA und dem Potsdamer Verfassungsschutz möglich gewesen.

Gegenüberstellung! Zwei Kriminalhauptkommissare sollen sich einigen, welche ihrer Darstellungen der Wahrheit näher kommt. Die Kontrahenten: Michael Brümmendorf vom Bundeskriminalamt (BKA) und Jürgen Dressler vom Landeskriminalamt (LKA) Thüringen. Es geht um die Auswertung von Asservaten, die bei der Durchsuchung einer von Beate Zschäpe in Jena gemieteten Garage am 26. Januar 1998 gefunden wurden. Nach einem Tipp des Landesverfassungsschutzes, der den wohl aus einer ominösen „Operation Drilling“ abgeleitet hatte, fand man die Bombenwerkstatt des späteren NSU-Trios. Das daraufhin abgetauchte.

Gefunden wurden funktionsfähige Rohrbomben, die man jedoch ohne kriminaltechnische Untersuchung gesprengt hat. Erst nachträglich errechneten Experten, dass es sich um 1392 Gramm TNT gehandelt haben könnte. Dieser „Ermittlungslapsus“ ist klein im Vergleich zur kriminellen Behandlung einer Adress- und Telefonliste, die man auch in der Garage fand. Erst seit Mittwoch ist bekannt, dass man eigentlich drei solcher Listen einkassierte.

Notiert sind rund 40 Namen in verschiedenen Gegenden – auch Tatorten der NSU-Mörder. Die Listen wären die perfekte Hilfe bei einer Fahndung nach Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe gewesen, doch: Brümmendorf, der sie auswerten sollte, hielt sie für „nicht relevant“. Das schrieb er in den „Entwurf“ einer Auswertung unter dem Briefkopf des LKA. Das Papier zu unterschreiben ist dem BKA-Mann nicht eingefallen. Jetzt beharrt er darauf, Dressler gesagt zu haben: Untersuch‘ du mal weiter, ich kenne mich in der lokalen Jenaer Naziszene nicht aus.

Dressler dagegen kann sich nicht einmal erinnern, die Liste jemals gesehen zu haben. Der Thüringer Zielfahnder Sven Wunderlich macht den Kohl fett. Er schwört: „Die Liste kannte ich nicht.“ Umso seltsamer, dass sie jetzt in seinen ehemaligen Akten abgeheftet ist.

Im Ausschuss von der Linken-Obfrau Petra Pau gefragt, ob er damals überhaupt bekannte Namen auf der Liste entdeckt habe, erwiderte der erfahrene BKA-Staatsschützer Brümmendorf ad hoc: „Ralf Wohlleben, Thomas Gerlach und Kai Dalek.“

Volltreffer! Die Typen hatten überregionale Bedeutung und spielten mit Sicherheit eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des NSU. Gegen Dalek, dem Nazi, der das Thule-Internet in Schwung brachte, führte Brümmendorfs ST 24-Referat 1996 und 1997 auf Bitten des Thüringer LKA eine Telefon- und Internetüberwachung durch, ohne dass sich dabei Anhaltspunkte für die Bildung einer kriminellen oder gar terroristischen Vereinigung ergaben. Heißt es. Ob das wohl daran liegt, dass Dalek V-Mann des Bayerischen Verfassungsschutzes war? Der BKA-Mann hat es damals durch unsanfte Hinweise erfahren.

Brümmendorf kann sich verdächtig perfekt erinnern, was er 1998 gesagt und getan hat. „Neblig“ wird es 1999. Da untersuchte er Briefbomben, die an den Chef der Wehrmachtausstellung, Johannes Heer, und den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, geschickt worden waren. In seinem 1999er Vermerk fielen dem BKA-Mann wegen der Bombenmachart „Styropor-Einlage/Kreppband/Batterien“ sofort „Mundlos/Zschäpe/ Böhnhardt“ ein: Zitat: „Beide Bombenattrappen entstammen mit hoher Wahrscheinlichkeit der gleichen, vermutlich österreichischen Werkstatt...“ Und weiter schrieb er: „Durch den Bezug nach Österreich besteht die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit den österreichischen Sicherheitsbehörden, insbesondere ist die Zielfahndung i.S. Böhnhardt/Zschäpe/Mundlos möglicherweise auf Österreich auszudehnen.“ Angeblich hat das BKA das dem Thüringer LKA so zur Kenntnis gegeben – und selbst nichts veranlasst.

Bereits am Donnerstag hatte der Ausschuss in geheimer Sitzung einen Verfassungsschützer aus Potsdam vernommen, der den höchst dubiosen V-Mann Carsten Szczepanski – Deckname „Piato“ – geführt hat. Der Beamte erschien mit Rechtsbeistand, extrem nervös und ohne jede Erinnerung. Sein Wiedererscheinen ist gewiss.

Auch Gordian Meyer-Plath, Chef des sächsischen Verfassungsschutzes, wird seinen Schreibtisch verlassen müssen. Vorerst zur Aussage vor dem NSU-Ausschuss in Berlin. Denn er war gleichfalls V-Mann-Führer von „Piato“ und über den angeblich „ganz dicht dran“ am NSU.

*Neues Deutschland, 4.3.2013*
*http://www.neues-deutschland.de/artikel/814628.bomben-bruemmendorf-und-das-bka.html*
*Von René Heilig*

---

Italia bei den kommenden Parlamentswahlen als Kandidatin antritt. Die Casa mit besten Verbindungen zum römischen Bürgermeister Gianluca Iannone, der selbst eine neofaschistische Vergangenheit hat, unterhält auch Verbindungen zur verbotenen europäischen Bewegung „Blood and Honour“ und zu verschiedenen deutschen Nazigruppen.

*Zusammenstellung: ag rex* ■

## Berufung gegen Antifaschisten am Landgericht Koblenz

Ende Februar beginnt am Landgericht Koblenz der Berufungsprozess gegen sechs Antifaschist_innen, die wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch angeklagt sind. Vorgeworfen wird ihnen, im Zuge der Proteste gegen den jährlich stattfindenden Naziaufmarsch in Remagen, als Teil einer Gruppe Landfriedensbruch begangen zu haben. Im März 2012 wurden diese in einem Prozess ohne konkrete Beweise zu 70 Tagessätzen in unterschiedlicher Höhe verurteilt. … Die Anklage wegen Körperverletzung wurde fallen gelassen. Der Prozess stellte sich in erster Instanz als ein klarer Versuch von Kriminalisierung antifaschistischen Engagements dar. Der Vorwurf des „Landfriedensbruchs“ diente letztendlich der absurden Konstruktion einer passiven Tatbeteiligung der Beschuldigten. Einzig die vermutete Anwesenheit reichte für eine Verurteilung aus. Allerdings basiert die Beweiskraft über die Anwesenheit ebenfalls auf sich widersprechenden Aussagen von Polizeibeamt_innen. Die Beweisaufnahme zeigte ein fragwürdiges Vorgehen der Polizei bei der Identifikation der Beschuldigten auf. Unterschiedliche Aussagen, vage Vermutungen und lückenhafte Erinnerungen waren die Grundlage, auf der die Staatsanwaltschaft ihre Anklage stützte und der sich das Gericht anschloss.

Es zeigen sich Ähnlichkeiten zum Fall Tim H. in Dresden, der bundesweite Aufmerksamkeit erlangte. Auf einer ebenso dünnen Beweiskraft wird die bloße Anwesenheit von Antifaschist_innen genutzt, um diese stellvertretend zu verurteilen: Abschreckung ist hier das Ziel. „Wir sehen hier einige Parallelen zum Versuch der sächsischen Justiz im Fall Tim H., legitimen Protest gegen den jährlichen Naziaufmarsch in Dresden zu kriminalisieren“, so Tim Sonnenschein von

*Fortsetzung Seite 8 oben* →

# Einer lügt!

**Verfassungsschutz und Polizei beschuldigen sich gegenseitig, die entscheidenden Fehler bei der Suche nach dem NSU-Trio begangen zu haben**

Thüringen und das Abtauchen des Trios Mundlos, Zschäpe, Böhnhardt im Jahr 1998 standen zum zweiten Mal im Fokus des Untersuchungsausschusses zum NSU-Terror. An zwei Tagen und in insgesamt 20 Stunden wurden Verfassungsschützer und Polizisten aus Thüringen und vom Bundeskriminalamt (BKA) vernommen. Zentrale Frage war, wie das Trio 1998 im Zusammenhang mit der Durchsuchung von Garagen, die vom Trio als Bombenwerkstatt benutzt wurde, abtauchen konnte und trotz intensiver Fahndung nicht gefunden wurde.

„80-90 Prozent der Erkenntnisse des Verfassungsschutzes wurden an die Polizei gegeben" – „von 50 relevanten Meldungen an den Verfassungsschutz wurden laut Akten nur fünf an die Polizei weitergegeben": Auf diese völlig konträren Aussagen lassen sich die Vernehmungen von Polizisten und Verfassungsschützern reduzieren. Eine Seite lügt, so viel steht fest, aber die Lügen und Verdrehungen beschränken sich nicht auf diesen Punkt allein.

Nachdem in der letzten Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) die Ermittler des TLKA (Thüringer Landeskriminalamt) schilderten, wie ihre Arbeit durch das TLfV (Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz) sabotiert wurde, indem wichtige Informationen zum Trio nicht weitergegeben und Nazis vor Strafverfolgung geschützt wurden, versuchten die Vertreter des TLfV den Ausschuss vom genauen Gegenteil zu überzeugen. Mit dem ehemaligen Vizepräsident Nocken, den früheren Präsidenten Roewer und dem Leiter der Abteilung Rechtsextremismus Schrader waren drei Zeugen vom TLfV geladen, die alle eine übereinstimmende Version präsentierten: Alle Hinweise, die das TLfV zum Trio erhalten habe, seien an die Ermittler weitergegeben worden, Nazis, die als Quellen für das Amt gearbeitet hätten, seien von ihnen niemals vor Ermittlungen der Polizei gewarnt worden. Zwar stehe im Schäferbericht zur Untersuchung der Abläufe in Thüringen, dass „laut Aktenlage" 80-90 Prozent der Informationen des TLfV zum Trio nicht an die Ermittler gegangen seien, das entspreche jedoch nicht der Wahrheit. Aus Quellenschutzgründen, also zum Schutz der Informanten aus der Naziszene, seien die Infos immer nur mündlich an das TLKA gegeben worden. Mit dieser für sie praktischen Darstellung entledigten sich die ehemaligen Verfassungsschützer jeder Beweisbarkeit ihrer Aussage. Wenn die Ermittler bestreiten die Infos bekommen zu haben, so haben sie eine schlechte Erinnerung oder lügen – so offensichtlich die Position von Nocken, Roewer und Schrader. Aussage steht hier gegen Aussage.

Durchgespielt wurde diese Strategie an einer zentralen Quellenmeldung aus dem Jahr 1998. Ein Nazi-V-Mann aus Brandenburg teilte mit, das Trio wolle sich über Jan W. Waffen besorgen, plane einen weiteren Überfall, um sich danach nach Südafrika abzusetzen. Diese Meldung sei vom LfV Brandenburg an das TLfV gegangen. Für die Ermittler wären die Hinweise „Waffen", „Überfälle", „Südafrika" von enormer Bedeutung gewesen. Nach Aussagen aller bisher gehörten Ermittler waren diese Infos ihnen jedoch unbekannt. Nocken und Schrader behaupteten im Ausschuss dagegen, sie hätten die Info noch am selben Abend trotz einer Einstufung als geheim durch Brandenburg mündlich an den damaligen Leiter des TLKA, Luthardt, weitergegeben. Vor drei Wochen sagte Herr Luthardt im Ausschuss, er habe niemals an einem solchen Gespräch mit Nocken und Schrader teilgenommen. Der Ausschuss wird sich überlegen müssen, wie er mit solchen eklatanten Widersprüchen umgehen will.

### Wieder mal der Quellenschutz

Hintergrund der gegenseitigen Schuldvorwürfe zwischen Verfassungsschutz und Polizei ist das vom Verfassungsschutz wie eine Monstranz vor sich hergetragene Dogma des Quellenschutzes. Er muss als Ausrede dafür herhalten, das zentrale Infos, die zur Ergreifung der flüchtigen Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt hätten führen können, nicht in den Akten auftauchen durften. Quellenschutz als Täterschutz – diese Gleichung wurde von den Verfassungsschützern aus Thüringen in trauriger Weise erneut bestätigt. Routinemäßig, so kann man in den Akten lesen, wurden 80-90 Prozent der Informationen beim Amt als geheim eingestuft. Selbst das Ergebnis einer trivialen Observation von Mundlos und Bönhardt 1997, mit der man auf die entscheidenden Garagen, in denen die Bomben gebaut wurden, kam, wurde gegenüber der Polizei als geheim eingestuft. Damit verzögerte sich die Durchsuchung der Garagen nochmals um Wochen. Oder, so kam den Ausschussmitgliedern der Verdacht, handelte es sich schon hier um einen Quellenmeldung, was aber bedeuten würde, dass das TLfV noch näher an den Aktivitäten des Trios dran war, als bisher bekannt?

Nichts will das TLfV von den cirka 35 Strafverfahren gegen seinen V-Mann Tino Brandt gewusst haben. Auch die von Polizei und Brandt selbst anschaulich geschilderten Warnungen der Verfassungsschützer, wenn die Polizei eine Durchsuchung bei Brandt plante, wurden von Roewer, Nocken und Schrader bestritten. Glaubwürdig waren diese Aussagen nicht.

### Polizei schenkt Adressliste von Mundlos keinerlei Beachtung

Ein zentraler Fehler der polizeilichen Arbeit stand am 22. Februar im Zentrum der Vernehmungen. Bei der Durchsuchung der Garagen 1998 wurde u.a. eine Adressliste von Mundlos gefunden, die sich wie das who is who der Helfer und Anlaufpunkte des Trios nach der Flucht liest. Auf der Liste finden sich unter anderem die Namen von Tino Brandt und Kai Dalek, beide damals V-Personen. Weiter finden sich Personen, die heute auf der so genannten 100er-Liste stehen, also zum Unterstützerkreis des Trios zählen. Auf der Liste steht auch Thomas Starke, der – wie man heute weiß – die 1,4 Kilogramm TNT, die in der Garage gefunden wurden, und auch die erste Wohnung für das abgetauchte Trio besorgt hatte. Es findet sich Holger Gerlach, einer der engsten Helfer des Trios, und es finden sich zehn Adressen aus Chemnitz, dem ersten Unterschlupf des Trios, dazu Anlaufpunkte in Nürnberg, Rostock, Ludwigsburg. Zu diesem zentralen Ermittlungsansatz für die Polizei findet sich in den Akten ein Vermerk aus dem Februar 1998, der diese Liste als „für das hier geführte Ermittlungsverfahren ohne Bedeutung" einschätzt!

Interessanterweise stammt dieser Vermerk von einem Ermittler des BKA, der zu dieser Zeit die Thüringer bei der Suche nach dem Trio unterstützen sollte. Sowohl der Leiter der Thüringer Ermittlungsgruppe, Dressler, als auch der BKA-Beamte Brümmendorf waren am 22. Februar im Ausschuss, um zu erklären, warum die Polizei diesen zentralen Hinweisen der Liste bis 2011 niemals nachgegangen sind.

Während Herr Dressler darauf beharrte, dass die falsche Einschätzungen des BKA-Kollegen dazu geführt hätte, dass man die Liste nicht weiter beachtete, schob Herr Brümmendorf vom BKA die gesamte Verantwortung nach Thüringen. Sein Vermerk zur Liste sei lediglich ein Entwurf gewesen, die schlussendliche Beurteilung habe bei den Thüringern gelegen, sei jedoch dort offenbar niemals erfolgt. Auch in diesen Darstellungen zeigten sich so viele diametrale Widersprüche, dass sich der Ausschuss entschloss, dem durch eine direkte Gegenüberstellung der Zeugen Dressler und Brümmendorf in der nächsten Woche noch einmal gezielt nachzugehen.

Die nächsten Sitzungen des Untersuchungsausschusse finden am 28. Februar und am 1. März 2013 statt.

*linksfraktion.de, 25. Februar 2013*
*Gerd Wiegel* ■

der Remagen Solidaritätsgruppe. „Dort gab es auch eine Verurteilung eines Gegendemonstranten ohne Beweise oder eine konkrete Zuordnung einer Tatbeteiligung. In Dresden wie in Remagen marschieren jährlich Neonazis auf. Antifaschistischer Protest ist hier notwendig. Genau dieser soll verhindert werden“. „Wir rufen nicht nur alle Antifaschist_innen, sondern auch die Presse dazu auf, die Berufungsverhandlung kritisch zu begleiten, um einer erneuten skandalösen Verurteilung entgegenzuwirken,“ fordert Sonnenschein.

**Die Situation in Remagen**

Seit 2009 marschieren jährlich mehrere hundert Neonazis durch Remagen, um an die sogenannten „Rheinwiesenlager“ zu erinnern. Die Nazis versuchen, die in diesen alliierten Kriegsgefangenenlagern Gestorbenen als zu Unrecht Ermordete darzustellen und damit „den Deutschen“ den ersehnten Opferstatus zuzusprechen. Gleichzeitig soll die Grausamkeit der Alliierten dargestellt werden, um die Schuld „der Deutschen“ zu relativieren. Dieser Naziaufmarsch stellt inzwischen den größten regelmäßig stattfindenden in Rheinland-Pfalz dar. Auch 2010 versammelten sich 300 Neonazis für diese geschichtsrevisionistische Veranstaltung.

Dem Aufruf von antifaschistischen Gruppen und dem „Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie“ zu einer Mahnwache und Gegenprotesten folgten etwa 200 Menschen. Zu Beginn der Mahnwache versuchten einige Gegendemonstrant_innen auf die Route der Nazis zu kommen, was jedoch aufgrund der starken Polizeipräsenz nicht gelang. Die Gegendemonstrant_innen zogen sich daher zurück, wobei es zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei kam, bei der einige Antifaschist_innen durch Schlagstockeinsatz und Tränengas, sowie ein Polizist leicht am Kopf verletzt wurden. Insgesamt wurden in Folge des Vorfalls 15 Antifaschist_innen festgenommen. Der Hauptangeklagte, der den Polizisten verletzt haben soll, wurde bereits in einem Berufungs-verfahren im Oktober 2011, ohne Beweise und konkrete Identifikation, zu 1½ Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Ein Zeuge der Verteidigung, der im ersten Prozess gegen den Hauptangeklagten im Gerichtssaal wegen angeblicher Falschaussage verhaftet worden war, wurde inzwischen ebenfalls verurteilt. Seine Aussage war nahezu identisch mit der Aussage einer als Zeugin geladenen Polizistin. Gegen weitere 6 der 15 festgenommen Antifaschist_innen wurde Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Landfriedensbruch erhoben. Im März 2012 wurden diese ohne Beweise und Zeug_innen, die eine Tatbeteiligung bestätigen können, zu 70 Tagessätzen in unterschiedlicher Höhe verurteilt. Einzig ihre Anwesenheit auf einer Demonstration genügte hier zu einer Verurteilung. Im Februar 2012 beginnt nun der Berufungsprozess vor dem Landgericht Koblenz.

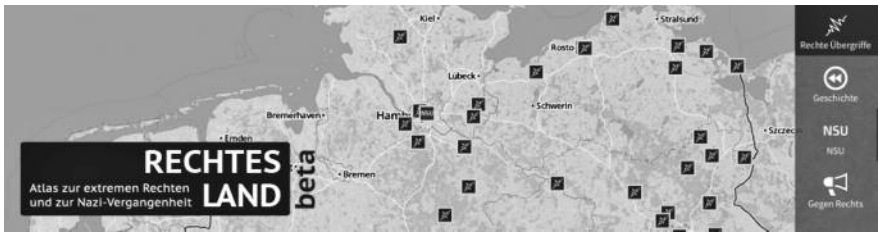
*Solidaritätsgruppe für die kriminalisierten Antifaschist_inn_en von Remagen 15.2.2013*

Dokumentation der Verfahren im Zuge der Demonstration 2010 in Remagen:
http://remagensoli.blogsport.de/
Weitere Infos zum Naziaufmarsch in Remagen:
www.infobuero.org/2012/10/die-neonazistischen-aktivitaeten-zu-den-rheinwiesenlagern-2010

## Kein Grund zur Sorge? NPD im Kreis Görlitz ist schwer bewaffnet

Der Zittauer Stadt- und Kreisrat der LINKEN Jens Thöricht zeigt sich über die hohe Anzahl von Waffen bei Vertretern der extremen Rechten im Landkreis Görlitz beängstigt.

Die Sächsische Staatsregierung hatte auf eine kleine Anfrage (Drs.: 5/10983) der linken Fachpolitikerin Kerstin Köditz geantwortet, dass im Landkreis Görlitz 43 Schusswaffen auf vier Mitglieder der NPD registriert sind. Auf Landesebene liegt der Kreis Görlitz mit dieser erschreckend hohen Anzahl von Waffen in den Händen von Vertretern der extremen Rechten auf Platz eins. „Ich frage mich, was jemand mit so vielen Waffen anfangen möchte? Was Waffen in diesen Kreisen bewirken können, wissen wir seit der Terrorzelle „NSU“. Daher fordere ich die Kreispolizeibehörde auf, sehr genau die waffenrechtlichen Zuverlässigkeit zu prüfen.“, so Thöricht. Innenminister Markus Ulbig (CDU) äußerte Anfang Februar 2013 „Waffen gehören nicht in Extremistenhände“. Sachsen unterstütze die Bundesratsinitiative Niedersachsens zur Verschärfung des Waffenrechts. „Diese Initiative hätte Ulbig jedoch schon längst selbst initiieren können. Stattdessen hatte er über ein Jahr verstreichen lassen. Bereits im Jahr 2011 äußerte MdL Kerstin Köditz: „Nach den Bestimmungen des Waffengesetzes dürften eigentlich gar keine Waffenbesitzkarten an Mitglieder der NPD ausgestellt werden, da dieses unmissverständlich vorschreibt, dass Mitglieder von Gruppierungen, die ‚gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind‘, diese nicht erhalten können.“, so der Zittauer Stadt- und Kreisrat der LINKEN Jens Thöricht weiter. *PM Jens Thöricht* ■




## „Rechtes Land“

Eine bundesweite Internetplattform will mit Hilfe einer interaktiven Karte Deutschlands den unübersichtlichen Wust von Informationen, die es über die Neonaziszene und die extreme Rechte hierzulande gibt, grafisch aufbereiten und leichter zugänglich machen. Das Projekt wurde vom Berliner Antifaschistischen Pressearchiv (apabiz) gestartet. Erfasst werden nicht nur Informationen rings um die NSU, „Rechtes Land“ will auch Straf- und Gewalttaten, Demonstrationen und Treffpunkte der Neonaziszene abbilden. Die heutige Beschränkung dieses Wissens oft auf den regionalen Bereich kann so überwunden werden. Die Karte kann unter www.startnext.de/rechtesland angeklickt werden.

## Neue Führung bei Sachsens NPD

Der sächsische NPD-Landesverband hat eine neue Führung. Dem zurückgetretenen Mario Löffler folgt nun der gebürtige Görlitzer Holger Szymanski, der seine Meriten als Mitarbeiter der Dresdener Landtagsfraktion der NPD erwarb. Er sieht sich nach wie vor einem Mitgliederschwund und im Zusammenhang damit einem Rückgang der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gegenüber, so dass der Landesverband vor allem am Tropf der staatlichen Parteienfinanzierung und den Abgaben der Mandatsträger hängt.

## Dresden & Co.

Die Organisatoren des Dresdener Naziaufmarsches wiesen darauf hin, dass sie ihre Aktion als Glied in einer Kette ähnlicher Provokationen verstehen. So sollen Aktionen an Gedenktagen alliierter Bombenangriffe (Chemnitz 5.3.1945, Lübeck 2.3.1942, Plauen 10.4.1945, Freiberg 7.10.1944) stattfinden, außerdem die Provokationen in Bad Nenndorf und auf den Rheinwiesen fortgeführt werden.

## 1. Nazi-Mai

Neue Aufmärsche haben die Neonazis auch für den 1. Mai angekündigt. In Berlin hat die NPD diese für mehrere Straßenzüge in Schöneweide angemeldet. In Dortmund hat sich die Naziszene zum großen Teil mit dem alten Personal des verbotenen „ Nationalen Widerstandes“ (NWDO) als Ableger der neuen Partei

# Marine Le Pen schneidet bei Umfrage als zweitbeliebteste Politikerin ab

## Unterdessen geht sie zum Angriff auf die Umfrage-Gewinnerin Christine Lagarde über – und attackiert erneut den Euro

Hinter dem freundlich-modernen Gesicht kommt die alte Fratze zum Vorschein. Auch wenn die 44jährige Marine Le Pen eine junge Frau ist und in gewisser Weise an der Feminisierung der politischen Landschaft Anteil hat – es hieße einem Mythos aufzusitzen, würde man glauben, sie würde mit „weicheren Werten" oder auf humanere Weise Politik betreiben. Bisherige ideologische Grundlagen ihrer Partei bleiben ebenso unverändert wie die Polarisierungsstrategie, die dann eingeschlagen wird, wenn die extreme Rechte es für taktisch oder strategisch vorteilhaft erachtet.

Am Sonntag, den 03. März 2013 feierte der rechtsextreme Front National (FN) einen neuen Erfolg in seinem Kampf um die öffentliche Meinung. Eine am Tag publizierte Umfrage des Journal du dimanche (JDD) über Frauen in der Politik beförderte Parteichefin Marine Le Pen auf den zweiten Platz der beliebtesten Politikerinnen. Dicht hinter der Titelgewinnerin, der früheren französischen Wirtschaftsministerin und derzeitigen IWF-Direktorin Christine Lagarde. Auf die Frage „Unter den genannten Frauen, für welche vier wünschen Sie in Zukunft eine wichtigere Rolle in der französischen Politik?" hatten 34 Prozent „Christine Lagarde" geantwortet. Und 31 Prozent: „Marine Le Pen". Am Abend desselben Tages sorgte die Chefin des Front National für neue Schlagzeilen. Dieses Mal durch ihre Äußerungen über Christine Lagarde, die in dem besagten Rennen um Beliebtheitswerte kurz vor ihr abgeschnitten hatte.

„Madame Lagarde ist keine französische Politikerin, sondern eine vaterlandslose (apatride) Politikerin. Wenn man der Spitze solcher internationalen Organisationen steht, vergisst man seine Nationalität, man bezieht sich nicht mehr darauf, und vor allem darf man nicht in Bezug auf die Interessen der eigenen Nation denken." So wetterte Marine Le Pen beim Fernsehsender BFM TV über die frühere französische Ministerin, die im Jahr 2011 ihren Landsmann Dominique Strauss-Kahn ablöste, welcher aus – nun ja – bekannten Gründen aus dem Amt abtreten musste, kurz bevor er sich auf eine Kandidatur zur französischen Präsidentschaft vorbereiten wollte. Der Ausdruck apatride für „vaterlandslos" (juristisch bezeichnet er auch staatenlose Personen, also Menschen ohne Staatsbürgerschaft) wurde auf der nationalistischen Rechten historisch vor allem benutzt, um das capital apatride zu bezeichnen, das „vaterlandslose Finanzkapital" – als beliebte antisemitische Chiffre.

An der oben zitierten Umfrage ist noch bezeichnend, in welchen Kategorien Marine Le Pen besonders gut abschnitt. Wenig überraschend ist, dass 97 % derjenigen Teilnehmer/innen an der Befragung, die sich selbst als FN-Wähler/innen bezeichnen, Marine Le Pen zu ihren beliebtesten Politikerinnen rechnen. Hingegen ist interessant, dass auch 37 % derjenigen, die sich selbst als Wähler/innen der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP – der stärksten Oppositionspartei in Frankreich – einstufen, ebenfalls für Marine Le Pen votieren. Allerdings setzen sie die Chefin des FN „nur" an die vierte Stelle, und andere Politikerinnen (die drei früheren UMP-Ministerinnen Christine Lagarde, Nathalie Kosciusko-Morizet und Valérie Pécresse) sind bei ihnen beliebter.

Unter den Wähler/inne/n der Linksparteien taucht Marine Le Pen hingegen nicht unter den populärsten Politikerinnen – für jede Gruppe werden jeweils fünf aufgelistet – auf. Beruhigend, immerhin. Im Übrigen nennen 33 % der befragten Männer und 29 % der Frauen jeweils Marine Le Pen.

Zu den Erfolgen der FN-Chefin im Kampf um einen vorteilhaften Platz in der Meinungs- und Medienwelt zählt auch jener Gastkommentar, den ihr Vizepräsident (und Lebensgefährte) – der promovierte Jurist und frühere Rugby-Spieler Louis Aliot – am 14. Februar 13 in der konservativ-wirtschaftsnahen Tageszeitung Le Figaro unterbringen konnte. Dass führende Politiker des FN dort unmittelbar und unter ihrem eigenen Namen veröffentlichen dürfen, ist zwar nicht völlig neu – in den 1990er Jahren gab es mehrere Beispiele dafür -, war jedoch in den letzten Jahren nur in Ausnahmefällen denkbar.

In dem zitierten Beitrag schreibt Louis Aliot über die Erfolge der „Strategie der Entdiabolisierung (dédiabolisation)" , die Marine Le Pen seit ihrer Übernahme des Parteivorsitzes im Januar 2011 umzusetzen versucht. Aliot schreibt dazu, es sei ein Irrtum, anzunehmen, dass der FN deswegen seine ideologischen Grundsätze aufgebe: „In Wirklichkeit besteht die ‚Entdiabolisierung' darin, uns zu zeigen, so wie wir sind – und nicht so, wie die von den Berufspolitikern (angefertigte) Karikatur uns darstellen wollte." Statt seine Grundsätze aufzugeben, arbeite der FN daran, die Glaubwürdigkeit seines Programms zu unterstreichen – als deren ersten Punkt nennt Louis Aliot „die Verteidigung der Identität und die Bekämpfung der Einwanderung".

Nicht immer und zu allen Themen folgt die öffentliche Meinung dem FN bereitwillig. Beim (alltäglichen) Rassismus ist diese Gefahr in Teilen der französischen Gesellschaft relativ stark. Dagegen folgt die öffentliche Meinung der rechtsextremen Partei beispielsweise weniger, wo es darum geht, den Ausstieg aus dem Euro oder gar aus der EU zu propagieren. (Vgl. auch die aktuelle Untersuchung zum Meinungsklima betreffend den FN, siehe letzte Ausgabe der AN) Nichtsdestotrotz betreibt der FN aktuell eine aktive Kampagne auch zu dem Thema – darauf bauend, dass er zwar momentan für solche Thesen

---

„Die Rechte" neu gesammelt und ruft nun zum Marsch durch die Straßen der Ruhrgebietsstadt. Erste Proteste dagegen sind bereits angekündigt.

### Brandenburgs „Rechte"

Die von dem Neonazi Christian Worch Pfingsten 2012 in Hamburg gegründete Partei „Die Rechte" hat nun nach dessen Ankündigungen auch einen Ableger in Brandenburg. Am 26. Januar versammelten sich dazu auf dem Grundstück des früheren DVU-Funktionärs Klaus Mann in Finowfurt vor allem Leute, denen die 2011 erfolgte Fusion der DVU mit der NPD nicht schmeckte. Klaus Mann wird jetzt im Internet als Landesvorsitzender genannt, seine Frau Sybille als Stellvertreterin. Diese hat seit 2008 noch ein Mandat als Kommunalpolitikerin (Für die damalige DVU) in der Gemeinde Schorfheide. Das Anwesen der Manns in Finowfurt ist seit langem auch als Veranstaltungsort für Sommerfeste von Rechtsextremen sowie des „Preußentages" der Neonazis bekannt.

*Zusammengestellt von ag rex* ■

## Niedersachsen: Ministerium des Inneren zur Abschiebung einer Roma-Familie

HANNOVER. Innenminister Boris Pistorius war der konkrete Fall der am Wochenende abgeschobenen Mitglieder einer Roma-Familie aus Lüchow-Dannenberg zuvor nicht bekannt. Vielmehr war er nur allgemein über bevorstehende Abschiebefälle von Personen informiert worden, die in der Vergangenheit Straftaten begangen hatten. Der Innenminister wird sich diesen Einzelfall im Detail unverzüglich vorlegen lassen und unvoreingenommen prüfen. Nach Abschluss dieser Prüfung wird entschieden, ob es bei den getroffenen Entscheidungen bleibt.

Darüber hinaus weist Pistorius darauf hin, dass er die Fachabteilung seines Hauses beauftragt hat, den Vollzug von Abschiebungen insgesamt zu überprüfen. „Ich lasse mir daher bis auf Weiteres einmal pro Woche alle zur Abschiebung anstehenden oder von den Ausländerbehörden der Kommunen angemeldeten Fälle vorlegen“, so Pistorius.

Wichtig sei zudem, Wege zu finden, dass Familien im Rahmen des Vollzugs von Abschiebungen nicht getrennt würden. Im Übrigen komme es dem Minister darauf an, alle Möglichkeiten zu prüfen, um nächtliche Abschiebungen zu vermeiden.

Allerdings reichten – so der Innenminister weiter – diese Maßnahmen nicht aus, sondern es müssten auch die Rechtsgrundlagen verändert werden, um wirklich neue Wege in der Ausländerpolitik gehen zu können. Dazu gehörten die Änderung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der Härtefallkommission im Land ebenso wie die Weiterentwicklung des Aufenthaltsgesetzes auf Bundesebene.

Minister Pistorius kündigte in diesem Zusammenhang eine Bundesratsinitiative an, um eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Ausländerinnen und Ausländer zu erreichen. Er geht davon aus, dass sich auch der Bundestag in diese Richtung bewegen werde, spätestens nach der Bundestagswahl im Herbst.

„Der Paradigmenwechsel in der Abschiebungspraxis wird erfolgen. Die neue Landesregierung steht für mehr Menschlichkeit in der Flüchtlings- und Asylpolitik“, sagte Minister Boris Pistorius am Dienstag in Hannover.

*Quelle: http://www.mi.niedersachsen.de 27.02.2013* ■

## Abschiebungen serbischer Staatsangehöriger massiv gestiegen

„Insgesamt 7.651 Abschiebungen aus Deutschland gab es im vergangenen Jahr, dies ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr (7.917). Massiv gestiegen ist jedoch die Zahl der abgeschobenen serbischen Staatsangehörigen, unter ihnen viele Roma, von 1.000 im Jahr 2011 auf 1.500 im vergangenen Jahr. Dies ist ein Ergebnis der auf Abschreckung und Schnellverfahren setzenden Politik des Innenministers gegenüber Flüchtlingen aus dem West-Balkan“, fasst Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zentrale Ergebnisse der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 17/12148) zu Abschiebungen im Jahr 2012 zusammen. Jelpke weiter:

„Kosovo (564) und Mazedonien (510) sind weitere Hauptherkunftsländer der abgeschobenen Personen. Es dürfte sich überwiegend um Roma handeln, deren Asylgesuch abgelehnt wurde. Sie werden in ihren Herkunftsländern massiv diskriminiert und ausgegrenzt. Statt ihnen zu helfen, werden sie mit Gewalt in ihre Notlage zurückgebracht. Mit dieser Politik der Abschreckung und Abschiebung stiehlt sich Deutschland aus seiner humanitären und historischen Verantwortung.

Rasant zugenommen hat die Zahl derjenigen Flüchtlinge, die in Sammelabschiebungen mehrerer EU-Länder bzw. von Frontex abgeschoben worden sind: Sie hat sich im Jahr 2012 auf 1289 fast verdoppelt.

Zunehmend werden Flugunternehmen in die deutsche Abschottungspolitik eingespannt. 1.477 Mal wurden im Jahr 2012 Zwangsgelder gegen Beförderungsunternehmen in Höhe von insgesamt 2,35 Millionen Euro verhängt, weil sie Personen ohne gültigen Pass oder Aufenthaltstitel nach Deutschland gebracht hatten. Dies ist eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr (1.048 Zwangsgelder in Höhe von knapp zwei Millionen Euro). Diese Privatisierung der Flüchtlingsabwehr ist menschenrechtlich höchst bedenklich, weil Flugunternehmen durch diese Sanktionen dazu angehalten werden, die Zuflucht von Menschen ohne Einreiseerlaubnis zu verhindern, ohne prüfen zu können, ob es sich um schutzbedürftige Personen handelt und welche Auswirkungen ihre Einreiseverhinderung haben wird.“

*Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 22.02.2013* ■

## Schweden: Migrantenviertel schneiden besser ab

Regionen mit wenigen Einwanderern haben in Schweden mehr soziale Probleme als Gegenden mit vielen Migranten. Dies geht aus einem Bericht hervor, den das Reform-Institut Anfang Februar veröffentlicht hat und der auf dem Human Development Index der UN basiert. Hauptkategorien sind Bildung, Beruf, Gesundheit, Einkommen und Entfremdungsgefühle. Die 20 Städte mit den besten Ergebnissen hätten demnach einen höheren Immigrantenanteil als im Durchschnitt. Städte mit einer hohen Zahl an Einwanderern schnitten zudem nicht schlechter ab als andere. Stefan Fölster, der Verfasser der Studie, folgert aus den Ergebnissen, dass Integrationsprobleme, die üblicherweise mit Einwanderern verbunden werden, auch in Gegenden mit niedrigerem Einwandereranteil anzutreffen sind.

---

gewiss keine Mehrheit findet, diese aber gleichzeitig ein politisches Alleinstellungsmerkmal für die Partei darzustellen. Zudem glaubt die extreme Rechte relativ fest daran, dass die Entwicklung in naher Zukunft ihr Recht geben werde, falls die Euro-Krise wieder aufflammt (etwa infolge des jüngsten Wahlausgangs in Italien) und/oder zentrifugale Tendenzen innerhalb der Währungsunion wieder verstärkt zunehmen.

Am Samstag, den 02. März 13 forderte Marine Le Pen so Staatspräsident François Hollande öffentlich dazu auf, er solle eine Volksabstimmung zum Thema „Austritt aus der Europäischen Union (oder nicht?)“ anberaumen. Darüber solle die französische Bevölkerung im Januar 2014 abstimmen. Zwar hat die Referendumsforderung im Augenblick null Chancen, angenommen zu werden, da die stärksten politischen Parteien ebenso sie die Regierung und die Staatsspitze strikt dagegen sein werden. Doch Marine Le Pen nutzt die medienwirksam erhobene Forderung, um Propaganda für ihre Kritik an Euro und EU zu machen. Dabei knüpft sie unter anderem auch daran an, dass der britische Premierminister David Cameron die Inselbevölkerung seinerseits bis im Jahr 2016 über den Verbleib bei der oder Austritt aus der Europäischen Union abstimmen lassen möchte (wenngleich der Regierungschef selbst nicht einen solchen Austritt befürwortet).

Bei ihrem Auftritt am Samstag – am Rande einer Tagung von Spitzenpolitikern des FN in Sèvres, westlich von Paris – berief Marine Le Pen sich aber auch auf den italienischen Polit-Clown Beppe Grillo. der mit rund 25 % der abgegeben Stimmen jüngst zu den Wahlsiegern bei den italienischen Parlamentswahlen vom 24./25. Februar 13 zählte. Marine Le Pen behauptete, mit dem programmatisch leicht undefinierbaren Polit-Star von der „Fünf Sterne-Bewegung“ in Italien drei Dinge gemeinsam zu haben: „Gegen den Euro, gegen die Korruption und Anti-System“ zu sein.

*Bernard Schmid, Paris* ■

Demnach haben auch Schweden ohne Migrationshintergrund Integrationsprobleme – etwa in Form von Arbeitslosigkeit, Überschuldung oder mentalen Erkrankungen – die genauso ernst zu nehmen seien wie die von bestimmten Einwanderergruppen.

*Quelle: http://www.migration-info.de Februar 2013* ■

## Türkische Gemeinde fordert Rassismus-Debatte

Die Türkische Gemeinde Deutschlands fordert eine Rassismus-Debatte. Eine solche Grundsatzdebatte sei überfällig, sagte der Bundesvorsitzende Kenan Kolat Anfang Februar in einem Interview. „Man leugnet das, aber es gibt einen institutionellen Rassismus im Land", so Kolat. In führenden Positionen der Gesellschaft seien noch immer kaum Zuwanderer vertreten, Vorurteile gegenüber Migranten seien allgegenwärtig. Die Türkische Gemeinde will Anfang März einen Vorschlag für einen Gesetzentwurf vorlegen, um die Zahl der Migranten in Behörden zu erhöhen. Hintergrund für die Diskussion war eine Äußerung des hessischen Justiz- und Integrationsministers Jörg-Uwe Hahn (FDP), der in einem Interview gesagt hatte: „Bei Philipp Rösler würde ich allerdings gerne wissen, ob unsere Gesellschaft schon so weit ist, einen asiatisch aussehenden Vizekanzler auch noch länger zu akzeptieren." Das Zitat löste heftigen Widerspruch und Rassismusvorwürfe in allen Parteien aus.

*Quelle: http://www.migration-info.de Februar 2013* ■

## Das Ende der Gutscheine für Asylbewerber im Stadtgebiet von Göttingen

Die für den kommenden Montag, den 25.02.2013 – 09.30 Uhr – in den Räumen des Verwaltungsgerichts Göttingen angesetzte Hauptverhandlung des Sozialgerichts Hildesheim zur Frage der Rechtmäßigkeit der Ausgabe von Wertgutscheinen statt Bargeld an Asylbewerber im Stadtgebiet von Göttingen findet nicht mehr statt.

Nach Informationen der Stadt Göttingen vom gestrigen Donnerstag, den 21.02.2013, habe der neue niedersächsische Innenminister, Boris Pistorius, angekündigt, innerhalb der nächsten Wochen einen neuen Erlass für die Behörden zu veröffentlichen. Hiernach soll es den Behörden freigestellt werden, ob sie zukünftig die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Bargeld oder in Form der diskriminierenden Wertgutscheine der privatrechtlich organisierten Firma „Sodexo" ausgeben.

Das Gericht hat nach dieser Information durch die Stadt den Termin zur Hauptverhandlung am 25.02.2013 zunächst aufgehoben und einen zeitnahen neuen Termin bereits für den Fall angekündigt, dass es bei einer streitigen Fortführung des Verfahrens bleibe. „Das diskriminierende und verfassungswidrige Gutscheinsystem dürfte noch im März im Stadtgebiet von Göttingen ein Ende finde. Ein anderes Ergebnis ist nach den bisherigen Äußerungen der Verwaltungsleitung der Stadt Göttingen kaum denkbar." kommentiert Rechtsanwalt Sven Adam die neuen Entwicklungen in dem Verfahren. Adam hatte für insgesamt 19 Flüchtlinge aus dem Gebiet der Stadt und des Landkreises Göttingen in Eil- und Hauptsachverfahren die Gewährung von Bargeld statt Wertgutscheinen gerichtlich geltend gemacht.

Der Landkreis Göttingen hat sich zu der neuen Entwicklung bisher nicht geäußert. Sollte der Landkreis wider Erwarten bei der Vergabe von Göttingen bleiben, wird die juristische Auseinandersetzung mit diesem weiter geführt. Denn gerade im ländlichen Raum ist die Diskriminierung durch die Gutscheine besonders intensiv, da es für die Betroffenen mitunter kaum erreichbare Geschäfte gibt, die die Gutscheine überhaupt annehmen. Für Rückfragen steht Rechtsanwalt Sven Adam unten den genannten Kontaktdaten zur Verfügung. Die Terminsaufhebung befindet sich in der Anlage.

*Quelle: Pressemitteilung http://www.anwaltskanzlei-adam.de22.02.2013* ■

## Das bayerische Flüchtlingsregime erodiert

Der Hungerstreik und der Marsch der Würzburger Flüchtlinge nach Berlin haben Folgen. Umkämpfte Lagerunterbringung, Residenzpflicht und Essenspaketezwang. Eine Revolution im Landkreis Landsberg

Das bayerische Flüchtlingsregime, geführt von Sozialministerin Haderthauer und Innenminister Herrmann, scheint wieder einmal unter Druck zu kommen. Und zwar von zwei Seiten her. Zum einen hat der Suizid eines iranischen Flüchtlings im Würzburger Lager, der darauf folgende Hungerstreik von Asylbewerbern in Würzburg und der Marsch der Flüchtlinge vor den Bundestag in Berlin bundesweite Beachtung und Solidarisierung hervorgerufen, ja sogar europaweite Folgen. Zum anderen ist es der Druck der Verhältnisse, der sich aus wieder ansteigenden Asylbewerberzahlen ergibt und eine sichtliche, breite Tendenz in den bayerischen Kommunen und Landkreisen, hier nach humanen Lösungen zu suchen, auslöst. Dabei geraten die kalten Maßnahmen von Behörden, namentlich der Regierungsbehörden auf Bezirksebene, vielfach unter Beschuss. Ja – der Zwang zum Aufenthalt im Lager und zur Annahme der verhassten Essenspakete wird mancherorts von den Kommunalverwaltungen gekippt und durch dezentrale Unterbringung und Bargeldauszahlung für Lebensmittel ersetzt. Das gleicht einer Art kommunaler Revolution gegen das zentrale Flüchtlingsregime in Bayern, scheint aber durch die Asyldurchführungsverordnung durchaus gedeckt. ■

## Eine weitere Revolution im Landkreis Neu-Ulm ...

Die online-Nachrichten Neu-Ulm veröffentlichen dieser Tage eine bemerkenswerte Aussage einer Mitarbeiterin des Landratsamtes: Wegen des Anstiegs der Asylbewerberzahlen müssten sich auch Landkreis und Kommunen um die Beherbergung dieser Menschen kümmern. Das sei zwar schon immer deren gesetzliche Pflicht gewesen, jedoch hätte diese Aufgabe früher die Regierung von Schwaben übernommen, die in Neu-Ulm eine Gemeinschaftseinrichtung unterhält. Anders als bei Unterkünften der Regierung bekämen Asylsuchende, die vom Landkreis untergebracht sind, keine Essenspakete, sondern einen Geldbetrag.

Ganz im Gegensatz zur Position zum Beispiel des Augsburger Sozialreferenten und des von ihm beeinflussten Sozialausschusses des Augsburger Stadtrats liegt also die Verantwortung für die Asylbewerber nicht allein bei der Staatsregierung / Bezirksregierung, sondern sind auch der Landkreis oder die kreisfreie Gemeinde gesetzlich zuständige Behörden. Und diese können den Asylbewerbern das Leben leichter machen, auch wenn Frau Haderthauer dies nicht passt.

*Quelle: www.forumaugsburg.de 05./06.02.20134* ■

## Neue Landesregierung Niedersachsen: Abschiebung einer Roma-Familie

Den Flüchtlingsrat Niedersachsen erreichte soeben eine Pressemitteilung des Arbeitskreis Asyl und Bleiberecht. Danach wurde gestern Nacht wurde im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine Roma-Familie nach 16 Jahren Aufenthalt in Deutschland abgeschoben. Wir klären derzeit noch die näheren Umstände der Abschiebung, insbesondere, warum hier eine Abschiebung ohne vorherige Ankündigung des Abschiebungstermins und unter Inkaufnahme einer Familientrennung erfolgte – eine Praxis, die die neue Landesregierung abzustellen versprochen hatte.

Es scheint mittlerweile außer Frage zu stehen, dass das niedersächsische Innenministerium von der skandalösen Trennung einer Roma-Familie aus Lüchow-Dannenberg durch Abschiebung am vergangenen Wochenende vorab zumindest informiert war. Landrat Jürgen Schulz beteuert sogar, er habe versucht, die Abschiebung noch zu stoppen, sei jedoch

vom Innenministerium heftig unter Druck gesetzt und unter Androhung rechtlicher Konsequenzen verpflichtet worden, die Abschiebung durchzuführen.

Unabhängig davon verstößt die Abschiebung gegen alle Ankündigungen der neuen Landesregierung, für einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlings- und insbesondere in der Abschiebungspolitik einzutreten. Meint es die Landesregierung mit einem solchen Politikwechsel ernst, muss sie die abgeschobene Familie wieder nach Deutschland zurückholen und Schritte unternehmen, die für die Zukunft eine Abschiebepolitik dieser Art unterbinden.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert die Landesregierung deshalb auf:

• zur Praxis der früheren sozialdemokratischen Landesregierung zurückzukehren, Abschiebungstermine vorher anzukündigen. und die Durchführung überfallartiger Abschiebungen im Morgengrauen zu untersagen,

• die Ausländerbehörden anzuweisen, Abschiebungen nicht zu vollziehen, wenn durch die Abschiebung eine Familie auseinander gerissen wird, wenn alte, kranke oder hilfsbedürftige Menschen betroffen sind,

• Abschiebungen von Flüchtlingen auszusetzen, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben und daher von einer bundesweiten Bleiberechtsregelung profitieren könnten,

• Abschiebungen von Flüchtlingen nicht zu vollziehen, die hier verwurzelt sind und denen eine Rückkehr in das Herkunftsland nicht zumutbar ist (sog. Ermessensaufenthaltserlaubnis),

• die Abschiebungen von Jugendlichen, die eine Ausbildungsstelle (in Aussicht) haben, nach deren Abschluss sie ggfs. eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 18a AufenthG erhalten können, grundsätzlich zu untersagen.

„Die Landesregierung muss nun unverzüglich ein Zeichen setzen, dass sie sich vom Koalitionsvertrag und nicht vom Verhalten einzelner Mitarbeitenden im Innenministerium leiten lässt“, so der Vorsitzende des Flüchtlingsrats, Norbert Grehl-Schmitt. Dies könne mit einer unverzüglichen Anweisung an die Ausländerbehörden geschehen, bis zum Erlass humaner Regelungen Härtefälle grundsätzlich dem Innenministerium zur Prüfung vorzulegen und Abschiebungen für eine Zeit auszusetzen.

Es folgt die PMdes AK ASYL

*Presseinformation vom 25.02.2013* ■

## „Paradigmenwechsel in der Abschiebepraxis?

Ein amtlicher Überfall am Samstag, dem 23.2.13 , nachts um 3.30 Uhr auf eine Roma-Familie, die 16 Jahre im Landkreis Lüchow-Dannenberg gelebt hatte, ist wohl nicht der von der neuen niedersächsischen Landesregierung angekündigte Paradigmenwechsel, denn „ein Klima der Willkommenskultur fängt bei den Ausländerbehörden an“ (Koalitionsvereinbarung S.10).

Ein Vertreter der Ausländerbehörde und 10 Polizisten gaben der schwer traumatisierten Mutter und den sieben und dreizehn Jahre alten Söhnen 1,5 Stunden Zeit, um ihre Sachen zusammenzupacken. Der 16 jährige Bruder übernachtete bei Freunden. Deshalb konnten die Polizisten auch den Vater nicht mitnehmen, weil der minderjährige Jugendliche nicht allein zurückgelassen werden konnte. Die Familie wurde getrennt und die Mutter wurde mit den beiden Kindern in den Kosovo abgeschoben. Eine Abschiebung am Wochenende per Linienflug ist sehr ungewöhnlich.

Ist das eine Abschiebung im Schünemann-Stil, schnell, bevor die neue niedersächsische Regierung sie vielleicht verhindert hätte?

Es gab keine schriftliche Ankündigung, keine aktuelle amtsärztliche „Stellungnahme zur Reisefähigkeit“ (Die letzte Stellungnahme von Ende 2011 bescheinigte: „nicht reisefähig“). Umfangreiche fachärztliche Atteste bescheinigten die Krankheit. Die Klage wegen Anerkennung der Traumatisierung als Abschiebehindernis ist noch nicht entschieden. Die Abschiebung am Wochenende ist vermutlich strategisch geplant, um Widerspruch und Einspruch zu verhindern: kein Rechtsanwalt, kein Gericht, kein Flüchtlingsrat, kein Arzt, kein Politiker, keine Behörde waren dienstlich erreichbar. So wurde auch die sonst übliche Abschiebebeobachtung am Flughafen umgangen. Es gab keine Möglichkeit der Verabschiedung nach 16 Jahren in Deutschland.

Der Arbeitskreis Asyl und Bleiberecht, Lüchow-Dannenberg fordert die Rückführung der Mutter mit ihren Söhnen, damit die Krankheit der Mutter behandelt werden kann, damit die Schüler ihren Abschluss und eine Ausbildung machen können, damit die Familie wieder zusammen ist.

Die seit vielen Jahren hier „geduldeten“ Asylbewerber brauchen endlich ein humanitäres Bleiberecht, was auch unserer Demokratie zugute käme.

*Doris Weimann für den AK Asyl und Bleiberecht“*

*Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 25.02.2013* ■

## Lage syrischer Flüchtlinge und Migranten in Deutschland

In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage DIE LINKE (17/12331) zur Lage syrischer Flüchtlinge dürfte sehr hilfreich und informativ sein für die aktuelle Debatte um die Aufnahme syrischer Flüchtlinge – insbesondere von Menschen, die über familiäre Kontakte zu in Deutschland lebenden Verwandten verfügen.

Allen Appellen des UN-Flüchtlingskommissars zum Trotz verweigert die Bundesregierung eine solche Hilfe. Selbst die Aufforderung des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning (FDP) an den Bundesinnenminister, sich gegenüber den Innenministern für eine Aufnahmeregelung für syrische Flüchtlinge mit Verwandten in Deutschland einzusetzen, wird ignoriert. Dabei wird aus der Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion deutlich, wie unzureichend die Möglichkeiten des geltenden Aufenthaltsrechts sind, die eine humanitäre Aufnahme geradezu verhindern.

Nach Agenturmeldungen hat Jordanien am 28.1.2013 mit 20 000 Menschen an nur einem einzigen Tag fast so viele syrische Flüchtlinge aufgenommen, wie die gesamte EU seit Ausbruch der Konflikte in Syrien! Sich vor diesem Hintergrund darauf zurückzuziehen, die Bundesrepublik tue schon genug, ist einfach nur schäbig.

Die Initiatorin der Anfrage, Ulla Jelpke, fordert:

Der Weg, über ein Visum Zuflucht bei Verwandten in Deutschland zu suchen, ist für die meisten Syrer durch die restriktive Vergabepraxis verstellt. Bei Visumanträgen syrischer Staatsangehöriger, die diese in den deutschen Auslandsvertretungen im arabischen Raum stellten, betrug die Ablehnungsquote im Jahr 2012 bis zu 60 Prozent. In der Botschaft in Beirut, die einen großen Teil der Anträge bearbeitet, lag die Quote bei 28 Prozent. Im Schnitt lag die Ablehnungsquote bei allen in deutschen Auslandsvertretungen gestellten Visaanträgen weltweit demgegenüber im Jahr 2011 bei nur 7,5 Prozent. Wurden an syrische Staatsangehörige in den Jahren 2009/10 jeweils noch etwa 9000 Visa erteilt, waren es im Jahr 2012 nur noch 6346.

Die Bundesregierung will an dieser restriktiven Visaerteilung festhalten. Davon sind auch Syrer betroffen, die zu ihren Verwandten in Deutschland wollen. Viele der in Deutschland lebenden Syrer sind bereit, für ihre Verwandten finanziell aufzukommen. Die Bundesregierung erwägt nicht einmal, für diese Personengruppe auf eine entsprechende politische Regelung hinzuarbeiten. Damit steht sie im Widerspruch zu Forderungen unter anderem des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning (FDP), der Verwandten hier lebender Syrer die Einreise und den Aufenthalt ermöglichen will.

Als Ergebnis dieser Politik der verweigerten Hilfe sind Syrer auf der Flucht nach Europa weiterhin auf lebensgefährliche Fluchtrouten und die Hilfe professioneller Schleuser angewiesen. DIE LINKE fordert, die deutschen und europäischen Grenzen für syrische Schutzsuchende zu öffnen.*Quelle: DIE LINKE 21.02.2013* ■

## Keine diskriminierenden Sondergesetze für Schutzsuchende

### Landesflüchtlingsräte fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Drei Jahre nach dem Hartz IV-Urteil am 9.2.2010 und gut ein halbes Jahr nachdem das Bundesverfassungsgericht am 18.7.2012 die Höhe der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig erklärt hat, fordern die Landesflüchtlingsräte die Abschaffung dieses diskriminierenden Gesetzes und keine Neuauflage, wie von der Bundesregierung geplant. Nur eine Eingliederung der Flüchtlinge in das System der Sozialhilfe bzw. des Arbeitslosengeldes II und der sofortige, gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt werden die jahrelange Diskriminierung von Flüchtlingen beenden und deren Integration von Anfang an unterstützen.

Bereits am 9. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht im sog. Hartz IV-Urteil ausgeführt, dassdas Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums allen Hilfebedürftigen nicht nur die physische Existenz, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sowie die nötigen Geldmittel zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen umfasst. Spätestens seit diesem Urteil ist klar, was Verbände, PRO ASYL und die Landesflüchtlingsräte seit Jahren formuliert haben: Eine „Menschenwürde mit Rabatt" widerspricht dem Sozialstaatsprinzip und lässt sich mit dem Grundgesetz nicht vereinbaren.

Dem Gedanken, es gäbe ein Existenzminimum unterhalb des Existenzminimums, hat das Bundesverfassungsgericht im Juli letzten Jahres daher eine gründliche Absage erteilt. Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum sei migrationspolitisch nicht zu relativieren, so das Bundesverfassungsgericht. Der vorliegende Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales BMAS hält weitgehend am alten System fest. Schon der Name des Gesetzes bleibt eine Mogelpackung. Längst werden in diesem Gesetz nicht nur die Leistungen für Asylbewerber geregelt, sondern auch für Menschen mit Duldung und für Menschen mit einem humanitären Aufenthalt. Der Entwurf übernimmt zwar im Wesentlichen die Beträge der vom Bundesverfassungsgericht verordneten Übergangsregelung, die sich an der Sozialhilfe (SGB II/XII) orientiert, allerdings wird am Vorrang der Sachleistungsversorgung festgehalten.

Die Diskriminierung durch die Einweisung in Sammellager statt Wohnungen und die in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und vielen Landkreisen in anderen Bundesländern übliche Versorgung mit Essenspaketen oder Wertgutscheinen soll weiterhin möglich bleiben. Dies ist umso unverständlicher als in der Gesetzesbegründung selbst auf die kostengünstigeren Bargeldleistungen hingewiesen wird. Darüber hinaus soll der Anspruch auf medizinische Versorgung nach wie vor auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände beschränkt bleiben. Dies führt zu Auswüchsen wie in Thüringen, wo den Flüchtlingen nur provisorische Zahnplomben eingesetzt werden oder gleich zur Extraktion geschritten wird. Seit Jahren macht das Land Bremen vor, dass es auch anders geht. Hier erhält jeder AsylbLGBerechtigte eine Versichertenkarte der AOK und muss nicht vor jedem Arztbesuch erst beim Sozialamt einen Krankenschein beantragen.

Die Abschaffung des AsylbLG, die Eingliederung der Flüchtlinge in das System der Sozialhilfe bzw. des Arbeitslosengeldes II und der sofortige, gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Inklusion.

*Quelle: Presseinformation Die Landesflüchtlingsräte – Pro Asyl 08.02.2013* ■

## Bleiberechtsregelung weiterhin dringend erforderlich

„Das Problem zehntausendfacher Kettenduldungen bleibt ungelöst", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 17/12105) zu Zahlen in Deutschland lebender Flüchtlinge. Jelpke weiter:

„Ende 2012 lebten immer noch gut 85 000 Personen lediglich mit einer Duldung in Deutschland. Damit hat sich die Zahl der Geduldeten in den letzten beiden Jahren kaum verändert. 42 Prozent der 85 000 Geduldeten leben bereits seit mehr als sechs Jahren in Deutschland. Ein Drittel aller Geduldeten ist unter 21 Jahre alt. Durch Kita, Schule und Sport integrieren sich gerade Kinder und Jugendliche schnell. Doch die eigens für ‚gut integrierte Jugendliche' geschaffene Bleiberechtsregelung bleibt für viele verschlossen. Sie ist viel zu restriktiv angelegt und nur Jugendlichen von 15 bis 21 Jahren zugänglich. 27 600 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wachsen deshalb in Unsicherheit, Stress und steter Angst vor einer Abschiebung auf. Deshalb kann ich nicht nachvollziehen, dass die Bundesregierung die geringe Zahl von 2408 erteilten Aufenthaltserlaubnissen für ‚gut integrierte Jugendliche' nach Paragraph 25a AufenthG als ‚großen Erfolg' bezeichnet.

Statt immer neuer Sonderregelungen für diese oder jene Gruppe brauchen die Geduldeten endlich eine großzügige gesetzliche Bleiberechtsregelung, die sich allein an humanitären Kriterien orientiert. Dafür wird sich DIE LINKE auch weiterhin einsetzen."

*Ulla Jelpke, Berlin, den 4. März 2013* ■

## Kongress der protestierenden Flüchtlinge in Europa

Seit dem 19. März 2012 befinden wir uns Flüchtlinge in einem Kampf um das Erringen von elementaren Menschenrechten, von Freiheit und Gleichheit, denn wir wollen nicht mehr wie „Ausländer" und Menschen dritten Grades behandelt werden, sondern wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger. Diese Ära unseres Kampfes begann mit einem kleinen Zelt in Würzburg und erwuchs zu einer großen Bewegung, die sich in ganz Europa ausbreitet.

Dieser lange Streik war bisher von vielen Höhen und Tiefen begleitet, die die

vielschichtigen Entwicklungen des Protestes charakterisieren. Tragische Geschehnisse wie der Selbstmord von Mohammad Rahsepar am 28. Januar 2012, der Beginn des Streiks und die vielen darauf folgenden politischen Aktionen wie die Demonstration am 13. Februar, der Beginn des Hungerstreiks in Würzburg , der Beginn des Protestzelt-Projekts am 19. März und dessen Ausweitung auf elf Städte in fünf deutschen Bundesländern bis zum September und zuletzt die Durchführung des Protestmarsches nach Berlin sowie der große Streik in Berlin.

In dieser Zeit haben die Proteste der Flüchtlinge und der Illegalisierten auf der europäischen Ebene in unterschiedlichster Form Früchte getragen und wichtige Veränderungen in einigen Ländern mit sich gebracht. Von Mai an begannen weitere Streiks in Dänemark, in der Türkei, in Bulgarien, in Griechenland, in Frankreich, in Holland und in Österreich.

In den beiden letztgenannten Fällen hat die Polizei die Protestcamps niedergerissen, weswegen die Flüchtlinge an einem anderen Ort ihren Protest fortsetzen müssen, sodass die Solidarität und der Zusammenhalt in den Kämpfen in Deutschland, Holland und in Österreich die zur Zeit noch klar sichtbaren Punkte dieses Widerstands sind.

Während dieser langen Zeit der Auseinandersetzungen und Kämpfe mit einem ausländerfeindlichen und flüchtlingsfeindlichen System konnten wir viele Erfahrungen sammeln. Im Austausch mit den streikenden Illegalisierten in Holland sowie dem Streik und dem Protestmarsch in Österreich sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass eine gemeinsame kritische Analyse und das Sammeln von weiteren Ideen für die Zukunft des Flüchtlingsprotestes unabdingbar sind.

Dabei stellt das Hauptziel die Bildung von unabhängigen Räten von Flüchtlingen dar, die vollständig von protestierenden Flüchtlingen selbst organisiert sind und in jedem geographischen Fleck als solidarisches Kollektiv gemeinsam Strategien ihres Widerstands ausarbeiten und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Zu diesem Zweck organisieren und veranstalten wir diesen bundesweiten Kongress.

In diesem Sinne laden wir alle Flüchtlinge, Illegalisierte, Einwanderer/Immigrant_innen und Menschen mit Migrationshintergrund, Aktivist-innen, Studierende, Journalist_innen, Menschenrechtsaktivist_innen zu diesem Kongress ein, sich zu beteiligen und mitzuarbeiten.

Flüchtlinge, Illegalisierte und Migrant_innen haben entschieden, einen weiteren großen Schritt für ihre selbstorganisierte Unabhängigkeit und für ein Widerstandskollektiv zu tun, für die, die „nicht von hier“ sind, in der untersten Schicht der europäischen Gesellschaft, für all diejeigen, die das System mit all seinen Möglichkeiten und all seiner Macht zu negieren versucht und ihnen ihre sozialen und menschlichen Rechte abspricht.

Nach vielen Gesprächen zwischen dem Organisationskommittee der streikenden Flüchtlinge und weiteren aktiven Flüchtlingen wurde das erste März-Wochenende (1. bis 3. März 2013) für den Kongress ausgesucht. Wir laden alle aktiven Personen und Gruppen ein, sich anzuschließen, ob nur in Form ihrer Anwesenheit oder ihrer Mitarbeit im Ganzen oder nur in Teilen. Dieses Projekt läuft zur Zeit unter Mitarbeit vieler verschiedener Gruppen, aber eure Beteiligung an diesem Projekt ist notwendig und mit Sicherheit kann eure Aktivität der Qualität der Durchführung des Projekts dienlich sein.

*Aktionskreis unabhängig protestierender Flüchtlinge im Januar 2013*

*Quelle: http://refugeecongress.wordpress.com 22.02.2013* ■

## Diskussion um Abschiebegefängnis Ingelheim geht weiter in die falsche Richtung

### Weder „farblich ansprechend gestaltete“ Abschiebehaft noch Fußfesseln

### Für eine umfassende Bleiberechtsregelung

Die Diskussion um das Abschiebegefängnis in Ingelheim, das von den Bundesländern Saarland und Rheinland-Pfalz genutzt wird, geht weiter. Allerdings in die falsche Richtung. Die Logik der Abschiebehaft bleibt. Und genau da liegt das Problem.

„Die Alternativen zum Abschiebegefängnis Ingelheim sind weder ein Neubzw. Rückbau mit begrenzten Kapazitäten, noch Fußfesseln für Flüchtlinge.“, erklärte Roland Röder, der für die Aktion 3. Welt Saar im Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates mitarbeitet. „Die Alternativen können nur heißen: Raus aus der Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge und ersatzloses Streichen der Abschiebehaft in Ingelheim und anderswo.”

Das Problem der Position des Runden Tisches sei, dass viele Hauptamtliche in der Flüchtlingsarbeit faktisch die Rolle des Staates übernehmen würden. Ihr Denken sei gekennzeichnet von sozialpädagogischer Bevormundung und einer Ideologie der Überwachung und Kontrolle.

„Für uns steht die Beseitigung der vielfältigen Fluchtursachen wie Hunger, Armut, Unterdrückung oder Krieg im Vordergrund und eben nicht die Ausgrenzung von Flüchtlingen„, erklärte Markus Pflüger von der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier. „Die Alternative zur bisherigen Abschiebepraxis sehen wir in einer umfassenden Bleiberechtsregelung.“ Wer hier sei, könne auch hier bleiben und weiter: „Der Aussage von Integrationsministerin Alt ‚wenn schon Abschiebehaft, dann so menschenwürdig wie möglich‘ muss widersprochen werden: Abschiebehaft ist per se nicht menschenwürdig – Abschiebehäftlinge haben nichts verbrochen, sie haben lediglich in Deutschland Zuflucht gesucht“.

Saarländischer Flüchtlingsrat, Aktion 3. Welt Saar und Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier lehnen es ab Flüchtlinge als ‚Sicherheitsrisiko‘, ‚illegale Einwanderer‘ oder gar ‚Kriminelle‘ zu betrachten und entsprechend zu behandeln. „Wer Abschiebehaft verbessern hilft, egal in welcher Form“, so Markus Pflüger abschließend, unterstütze staatliche Repression und ordnungspolitische Maßnahmen gegen Flüchtlinge.

**Zum Hintergrund:**

2001 wurde in Ingelheim am Rhein ein Hochsicherheitsgefängnis für rund 10 Millionen Euro gebaut und dient seitdem Rheinland-Pfalz und dem Saarland als Abschiebegefängnis. Von den 150 Plätzen sind 50 für jährlich 1,4 Millionen € an das Saarland vermietet, den Rest der Kosten trägt Rheinland-Pfalz. Aktuell werden dort drei Flüchtlinge festgehalten (Stand: Januar 2013). Am 16.Dezember 2011 verkündete die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Irene Alt, das Abschiebegefängnis Ingelheim werde definitiv geschlossen. Gleichzeitig berief sie einen „Runden Tisch Ingelheim”, der Alternativen zur bisherigen Form der Abschiebehaft entwickeln sollte. Ende 2012 war es dann so weit und der „Runde Tisch Ingelheim” veröffentliche seine Stellungnahmen. Saarländischer Flüchtlingsrat, Aktion 3.Welt Saar und Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier kritisierten im September 2012 in einem vierseitigen Papier alle Planspiele für eine modifizierte Abschiebehaft und forderten darin den Ausstieg aus der Abschreckungslogik gegen Flüchtlinge.

Das gemeinsame Positionspapier von Saarländischem Flüchtlingsrat, Aktion 3.Welt Saar und Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier finden Sie hier:
www.asyl-saar.de/sonderseiten/positionspapier-ingelheim.html

*Pressemitteilung 22.2.2013: Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.; Aktion 3. Welt Saar e.V.; Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier e.V.*

# FÜR FREIHEIT, VIELFALT UND TOLERANZ

**Kongress des DGB NRW und des DGB-Bildungswerks NRW e.V.:**

## Erinnern. Denken. Handeln. Nazis und Rassismus wirksam entgegentreten

Rassismus hat viele Gesichter: Die Autonomen Nationalisten sind Überwiegend in losen Strukturen organisiert, während die NPD ihre verfassungsfeindlichen Anschauungen in Parteiprogrammen transportiert. Zusammenschlüsse wie pro NRW kommen bürgerlich daher und versuchen vor allem gegen den Bau von Moscheen mobil zu machen. Die abscheulichste Form ist der Rechtsterrorismus: Zwischen 2000 und 2007 ermordete die NSU zehn Menschen.

In welcher Form Rassismus auch immer auftritt: Er propagiert ein antidemokratisches und menschenfeindliches Weltbild, dem konsequent die Stirn geboten werden muss. Staat und Zivilgesellschaft sind in der Pflicht, Ausgrenzung und Diskriminierung dauerhaft zu bekŠmpfen.

Der DGB NRW und das DGB-Bildungswerk NRW e.V. möchten an den Dortmunder Kongress im April 2012 anknüpfen und die Aktiven im Land zusammenbringen, die sich gegen Rassismus und die extreme Rechte engagieren. Wir wollen diskutieren, wie Rassismus wirksam und nachhaltig begegnet werden kann.

Den einführenden Vortrag wird Elmar Brähler (Professor an der Universität Leipzig, Autor der Studie „Die Mitte im Umbruch“) übernehmen. Anschließend sind fünf Themenforen zu unterschiedlichen Aspekten geplant: zum Sturm auf die Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933, zu militanten Neonazis, zu Frauen und Müttern in der rechten Szene, zum Alltagsrassismus und zum Rechtsrock. In einer Podiumsrunde beschäftigen sich Götz Aly (Historiker), Ute Schäfer (Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW), Andreas Meyer-Lauber (Vorsitzender DGB NRW), Adi Plickert (Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei) und Sabrina Erdmann (Antirassistisches Bildungsforum Rheinland, angefragt) mit der Frage: Ist Bildung der Schlüssel zu Toleranz und Demokratie?

Der Kongress findet statt am Samstag, 27. April 2013, 10.00 – 15.00 Uhr
in Duisburg (Innenstadt)
Anmeldung über:
DGB-Bildungswerk NRW e.V.

Bismarckstraße 77
40210 Düsseldorf
Tel.: +49 211 17523-149
Fax: +49 211 17523-161
E-Mail: wgrigo@dgb-bildungswerk-nrw.de
Internet: http://www.dgb-bildungswerk-nrw.de

## 70. Jahrestag der Deportation der Stolberger Roma

Am 2. März 1943 wurden 37 Stolberger Roma vom Hauptbahnhof aus nach Auschwitz deportiert. Zu ihrem Gedenken errichteten die VVN-BdA Aachen 1995 in Eigeninitiative ein Mahnmal in Form eines großen „Zigeunerrads“. Achtzehn Jahre lang war es ein Ort des Gedenkens an die Opfer, ein Ort der Erinnerung an den rassistischen Wahn und die Mordlust der Nazis.

Doch nagte der Zahn der Zeit an dem hölzernen Mahnmal, es wurde Zeit für ein neues, beständigeres. Der Bildhauer und Steinmetz André Hennecken hat es aus Naturstein gestaltet, nach unseren Entwürfen. Siebzig Jahre nach der Deportation soll es am Ort des Geschehens feierlich eingeweiht werden.

Fest eingeplant ist eine würdige Anlage um das Mahnmal herum, mit Rundweg und Begrünung. Komplett fertig wird diese erst nach dem Umbau der Rhenaniastraße, der in den nächsten Jahren ansteht.

Aufgrund des Winterwetters und damit verbundener technischer Probleme nicht exakt am 2. März stattfinden.

Termin für die Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Roma-Deportation mit Einweihung des neuen Roma-Mahnmals ist:

**Sonntag, 17. März 2013, 15.00 Uhr, am Hauptbahnhof Stolberg (Gustav-Wassilkowitsch-Platz).**

*(Internetseite mit Gedenkorten für Sinti und Roma des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma: http://gedenkorte.sintiundroma.de/)*

Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

## 2011 gegründet – JF bemerkt sie jetzt

Junge Freiheit Nr. 7/13 vom 8. Februar 2013

Das Europäische Netzwerk zur Beobachtung des gewaltbereiten Extremismus besteht seit 2011, Sitz der Agentur ist Amsterdam. Die zuständige EU-Kommissarin, die Schwedin Cecilia Malmström, hat am 29. Januar eine Konferenz zu diesem Thema durchgeführt. Diese Konferenz ist Anlass für das Blatt, die EU zur „EUdSSR" umzubenennen und allüberall „Brüsseler Spitzel" zu vermuten. Die Konferenz diskutierte Thesen zu einer europäischen Zusammenarbeit und der Entwicklung von Netzwerken im Kampf gegen Islamismus und Extremismus. Die Bekämpfung des Islamismus bezeichnet das Blatt als „Feigenblatt" und vermutet als Schwerpunkt den Kampf gegen Rechtsextremismus: „Wen kümmert schon die Abschaffung des demokratischen Nationalstaats, die Entmündigung seines Parlamanents … wenn der von niemandem vorher bemerkte ‚rechte Terror' sein Haupt erhebt …" Nun ist nach dem Massaker in Norwegen und der Mordserie der NSU in Deutschland „rechter Terror" inzwischen bekannt – beim Blatt anscheinend nicht.

## Inklusion – nicht bei der Rechten

Junge Freihet Nr. 9/13 vom 22. Februar 2013

Die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist von der Bundesrepublik ratifiziert und seit März 2009 Bundesgesetz. Sie enthält unter anderem den Anspruch für Kinder mit Behinderungen, eine normale Schule zu besuchen. Das ist für das Blatt unerträglich – es sieht das segregierte Schulsystem der BRD in Gefahr. Da werden anonymisierte Lehrer zitiert, für die klar sei, „dass durch die Inklusion das Niveau an den Regelschulen weiter sinken wird", für die auch klar sei, dass es Kinder gibt, bei denen „es einfach nicht möglich (sei), dem Kind etwas beizubringen." Der Anteil von Kindern mit Behinderungen liegt bei etwa fünf Prozent – das sind zwei bis drei Kinder pro Regelschule. Wie diese Zahl zu einer Niveausenkung führen soll, interessiert das Blatt nicht. Stattdessen stellt es diskriminierende und abwertende Fragen wie „Muss man im Geographieunterricht auf Landkarten verzichten, weil einige Schüler sehbehindert sind und Höhenunterschiede nur ertasten können?" Die Nazis haben Menschen mit Behinderungen als lebensunwert bezeichnet und ermordet. Bis in die sechziger Jahre war in der Bundesrepublik das Vorurteil verbreitet, eine Sinnesbehinderung sei auch eine geistige Behinderung, ein großer Teil von Kindern mit Behinderungen wurde gar nicht unterrichtet. Inzwischen ist auch in der BRD angekommen, dass auch Menschen mit Sinnesbehinderungen oder mit Down-Syndrom erfolgreich ein Studium absolvieren können. Das Blatt kritisiert Inklusion als „Gleichmacherei" – und zeigt damit, worum es der Rechten geht – um die Bewahrung von Ungleichheit und Hierarchien.

## Neue rechte Jugendbewegung?

Junge Freiheit Nr. 10/13 vom 1. März 2013

Die Identitären seien eine neue Jugendbewegung, die jetzt auch in Deutschland angekommen sei. Die Gruppierung ist in Frankreich entstanden unter Berufung auf den rechten Philosophen Alain de Benoist. In einem Interview erklärt Fabrice Robert, Vorsitzender des französischen Bloc Identitaire: „Es wäre falsch, die Identitäten auf eine simple Variante der ‚Neuen Rechten' zu reduzieren … Unser Motto ‚100% Identität, 0% Rassismus' fasst unsere Position zusammen … Die Botschaft ist sehr klar: Den Finger in die Wunde des ethnischen Bruchs zu legen, des totalen Scheiterns von Zusammenleben und erzwungener Mischung der Rassen." Null Rassismus? Diese Position bewegt die Gruppierung dann dazu Moschee-Dächer zu besetzen oder in Österreich eine von Flüchtlingen besetzte Kirche zu „befreien" oder vor dem Brandenburger Tor ein „Ende der multikulturalistischen Ideologie und eine neue Vision für Europas Völker" zu fordern. Nach eigenen Angaben hat die „Bewegung" in der BRD einen harten Kern von 50 bis 80 Leuten, die in 34 regionalen Gruppen tätig sein sollen. Ein erstes Treffen habe am 1. Dezember 2012 stattgefunden. In Österreich bewegt sich die Gruppierung im Umfeld der FPÖ.

*uld* ■

**BESTELLUNG:** Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507